Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/2384

10. 01. 83

Unterrichtung

durch die Deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

Bericht über die 28. Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung vom 14. bis 19. November 1982 in London

Die Nordatlantische Versammlung hielt ihre 28. Jahreskonferenz vom 14. bis 19. November 1982 in London ab. Am Freitag, 19. November 1982, fand eine Plenarsitzung mit Aussprache über das Thema „Konsens, öffentliche Unterstützung und die Zukunft des Bündnisses: Ist die NATO noch zeitgemäß?" statt.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Dr. Abelein
Abg. Biehle
Abg. Dr. Corterier
Abg. Francke (Hamburg)
Abg. Dr. Geßner
Abg. Horn, Leiter der Delegation
Abg. Dr. Hupka
Abg. Ibrügger
Abg. Frau Krone-Appuhn
Abg. Dr. Kunz (Weiden)
Abg. Dr. Lenz (Bergstraße)
Abg. Möhring
Abg. Neumann (Stelle)
Abg. Rösch
Abg. Rühe
Abg. Sauer (Salzgitter)
Abg. Schmidt (Würgendorf)
Abg. Voigt (Frankfurt)
Abg. Dr. von Wartenberg
Abg. Würtz

Bundesrat:

Senator Fröhlich (Bremen)
Frau Minister Griesinger (Baden-Württemberg)
Staatsminister Dr. Günther (Hessen)
Minister Dr. Möcklinghoff (Niedersachsen)
Staatsminister Schmidhuber (Bayern), Stellvertretender Leiter der Delegation
Minister Titzck (Schleswig-Holstein)

Eröffnung der Tagung

Die Plenarsitzung wurde am 12. November 1982 in Westminster Hall mit Begrüßungsansprachen des Lord Chancellors (Oberhaus), des Speakers des Unterhauses, des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung und des Premierministers des Vereinigten Königreichs feierlich eröffnet. **Lord Hailsham of Saint Marylebone,** Lord Chancellor, erinnerte in seinem Willkommensgruß daran, daß vor 23 Jahren in demselben ehrwürdigen Raum der zehnte Jahrestag der NATO festlich begangen worden sei. **George Thomas,** Speaker des Unterhauses, schilderte die große Rolle, die Westminster Hall in der nationalen parlamentarisch-demokratischen Tradition seines Landes gespielt habe und die in der heutigen Zeit als Schauplatz bedeutender Ereignisse auch des internationalen parlamentarischen Lebens einen folgerichtigen Fortgang nehme. Er bezeichnete die Verwirklichung internationaler Demokratie als Gebot in einer interdependenten Welt. Premierminister **Margret Thatcher** gab einem Bekenntnis zu den Leitzielen des Nordatlantikvertrages Ausdruck, der aus isolierten Demokratien einen Organismus geschaffen habe, in dem Freiheit, gemeinsames Erbe und Zivilisation seiner Völker auf der Grundlage von Demokratie, persönlicher Freiheit und Vorrang des Rechts bewahrt würden. Im Zeichen dieser Grundätze habe Großbritannien erfolgreich den Falklandkrieg geführt und danke seinen Verbündeten für den solidarischen Beistand. Ohne die Abwehr dieser Aggression außerhalb des Vertragsgebietes hätte auch die Entschlossenheit des Bündnisses, auf eigenem Territorium zu handeln, in Frage gestellt werden können. Angesichts der außerordentlichen militärischen Aufrüstung

der Sowjetunion in allen Bereichen und ihrer fortgesetzten Mißachtung von Menschenrechten und Völkerrecht — außerhalb wie auch innerhalb ihrer eigenen Grenzen — stünden die Mitglieder des Bündnisses vor der Frage, ob sie ihre angemessene Verteidigung den Ansprüchen eines Wohlfahrtsstaates opfern wollten. In dieser Situation dürfe allerdings der Ruf nach Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht zu der Illusion verführen, einseitige Abrüstung vermöge internationale Spannungen zu vermindern. Das Gegenteil sei der Fall. Auf den verschiedenen Ebenen der Abrüstungsgespräche und Rüstungskontrollverhandlungen sei der Westen durch positive Vorschläge und Angebote hervorgetreten. Der Erfolg solcher Bemühungen hänge jedoch entscheidend auch von der Einigkeit im Bündnis ab. Die Vision der Architekten des Bündnisses habe darin bestanden, die Werte der westlichen Zivilisation mit ihrem Akzent auf den Menschenrechten allen Völkern zugänglich zu machen. Um dies zu erreichen, müsse die Verteidigung der Freiheit gefestigt werden, und die genannten Werte der Freiheit müßten aller Welt verkündet werden.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, **Jack Brooks,** ging in seiner Ansprache von der Tatsache einer Bedrohung des Bündnisses durch die Sowjetunion aus, die man aufgrund deren überproportionierter Rüstungsanstrengungen sowie ihres gewalttätigen und einschüchternden internationalen Verhaltens zur Kenntnis nehmen müsse. Demgegenüber müßten die Belange der gemeinsamen Sicherheit des Bündnisses sowohl auf militärischer als auch auf wirtschaftlicher Ebene gewahrt werden. Zwar seien in dieser Hinsicht bereits Fortschritte zu verzeichnen, es bleibe aber noch Wesentliches zu tun. Der sowjetischen Aufrüstung könne am besten durch Rüstungsbegrenzungsverhandlungen begegnet werden. Es sei zu hoffen, daß das von Präsident Reagan bezeichnete Ziel einer tatsächlichen Verminderung atomarer Waffen auch im Kreml als den wirklichen Interessen der Sowjetunion entsprechend erkannt werde. Solange jedoch positive Signale des Ostens ausblieben, müsse an dem Konsens des Bonner NATO-Gipfels, die Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses zu stärken und insbesondere auf konventionellem Gebiet die Zielvorgaben des langfristigen Verteidigungsprogramms zu erfüllen, festgehalten werden. Dabei sei einer gerechten Verteilung der Lasten größere Aufmerksamkeit zu schenken. **Präsident Brooks** betonte die Entschlossenheit des amerikanischen Präsidenten und seiner eigenen politischen Freunde, allen Bestrebungen zur Reduzierung von US-Truppen in Europa entgegenzutreten. Der Nachweis, daß die Europäer ihre Versprechen vom Bonner NATO-Gipfel einlösten, könne dabei nur hilfreich sein.

Auf wirtschaftlichem Gebiet seien in der Vergangenheit Sicherheitsbelange vernachlässigt worden. Westlicher Handel, westliche Technologie und westliche Kredite hätten der Sowjetunion bisher erlaubt, aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten resultierenden Entscheidungen aus dem Wege zu gehen. Zwar dürfe sich der Westen nicht der Illusion hingeben, durch einen Wirtschaftskrieg grundlegende Veränderungen im sowjetischen System bewirken zu können, dennoch könnten sorgfältig ausgewählte Wirtschaftsmaßnahmen Einfluß auf aggressive sowjetische Haltungen ausüben. Zu der Notwendigkeit, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik gegenüber dem Warschauer Pakt zu erreichen, komme die andere Notwendigkeit hinzu, in gemeinsamer Anstrengung die Bündnisländer wieder auf den Weg wirtschaftlichen Wachstums zurückzuführen. Dies könne nur durch Erhaltung des Systems freien und offenen Handels geschehen, das von protektionistischen Tendenzen bedroht werde. Die Aufgabe sei schwierig, doch nicht unlösbar. Gerade der Umstand, daß das Nordatlantische Bündnis aus Partnern und nicht aus Satelliten bestehe, sei zwar Anlaß mancher Schwierigkeiten, berechtige jedoch zu der Hoffnung stets erneuerter Besinnung auf die fundamentalen gemeinsamen Interessen.

Allgemeine Aussprache

a) Wirtschaftliche Angelegenheiten

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Abg. **McCrindle** (Vereinigtes Königreich), unterstrich die wachsende Bedeutung von Wirtschaftsfragen für das Ost-West-Verhältnis sowie die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Auf diesem Gebiet entstünden allzu häufig Spannungen zwischen den mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden westlichen Partnern; gegenseitige Vorwürfe untergrüben die Zusammenarbeit im Bündnis. Der Ausschuß habe die Fragen der Ausweitung oder Einschränkung des Ost-West-Handels sowie das Problem der sowjetischen Erdgasleitung in den Westen untersucht. Es sei an der Zeit, daß innerhalb des Bündnisses Verfahren zur Behandlung derartiger Fragen vereinbart würden, um schädliche Kontroversen zu vermeiden. Auch habe sich der Ausschuß mit den Auswirkungen des Energieproblems und instabiler Ölpreise auf die wirtschaftliche Entwicklung befaßt. Der Entschließungsentwurf über die wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit des Bündnisses rufe alle Mitgliedsländer zu verstärkter Zusammenarbeit und Konsultation auf.

b) Kulturelle Angelegenheiten

Über die Tätigkeit des Ausschusses für Erziehung, kulturelle Angelegenheiten und Information berichtete die Ausschußvorsitzende Abg. **Frau Madsen** (Dänemark). Schwerpunkte der Diskussion seien die KSZE mit den Verhandlungen der Folgekonferenz in Madrid, der internationale Terrorismus und die Friedensbewegung gewesen. Sie betonte, daß die NATO selbst eine Friedensbewegung darstelle, und zwar eine erfolgreiche. In dieser Hinsicht sei dem Thema Information nicht nur unter dem Stichwort „freier Informationsfluß zwischen Ost und West", sondern auch dem der „Information unter den Mitgliedsländern des Bündnisses" stärker Rechnung zu tragen. Der Unterausschuß über die Nachfolgegeneration empfehle intensiveren transatlantischen Jugendaustausch.

Abg. **Dr. Hupka** (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, daß mehr denn je zuvor das Bündnis

nicht nur als eine Allianz zur Verteidigung der Freiheit verstanden werden müsse, sondern als eine Wertegemeinschaft. Den Mitgliedsländern sei dieselbe Werteordnung zu eigen und verbinde sie untereinander.

Gerade im Gespräch mit der nächsten und übernächsten Generation sei diese Feststellung wichtig, ja entscheidend. Gerade die jüngeren Mitbürger wollten wissen, warum sich die Mitgliedsländer des Bündnisses verteidigten und was wir verteidigten.

Die freiheitliche Welt sei bei weitem nicht so gut, als daß sie nicht besser werden könnte, aber sie sei so gut, daß sie verteidigt werden müsse — als Welt der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, als Welt der Gleichheit vor dem Recht und der gleichen Chancen für jedermann.

Abg. Dr. Hupka erinnerte die Regierungen, die Schulen und die Massenmedien daran, daß es not tue, für die Werte der freien Welt einzutreten und sich zu ihnen zu bekennen.

Zu diesen Werten gehörten auch die Menschenrechte. In vielen Staaten — DDR, Polen, Afghanistan, Ungarn, Sowjetunion, Rumänien — würden die elementaren Menschenrechte den Bürgern verwehrt. Aber man dürfe den Blick auch nicht verschließen, wenn innerhalb der westlichen Welt Menschenrechte Schaden nähmen. Der Unterausschuß „Free flow of information and people" werde sich mit diesem Thema eingehend befassen.

Im Rahmen des KSZE-Nachfolgetreffens in Madrid gehe es alle 35 Unterzeichnerstaaten — darunter auch die 16 Mitgliedstaaten der NATO — an, daß die in Korb III festgelegten Menschenrechte jedermann gewährt würden, gerade auch den nationalen Minderheiten in Osteuropa. Offen seien vor allem die Probleme der Familienzusammenführung und der kulturellen Autonomie. Leider nehme die Öffentlichkeit kaum Kenntnis von dem Leid der Betroffenen. Spektakuläre Fälle würden zwar registriert, aber wenn die Sowjetunion kaum noch Juden und Deutschen die Ausreise gestatte oder wenn Rumänien durch ein Dekret die Ausreise oder Auswanderung mit hohen finanziellen Leistungen belege, gehe die Öffentlichkeit darüber hinweg. Die freien Bürger der westlichen Länder hätten die Pflicht, Anwalt all derer zu sein, die nicht für sich reden und handeln könnten. Premierminister Frau Thatcher habe erklärt, daß „wir die Hoffnung der Unfreien seien". Das freie Wort müsse denen, die in Unfreiheit lebten, über Rundfunk und morgen auch über das Satellitenfernsehen übermittelt werden. Den Rundfunksendern wie der BBC, die zur Transmission des freien Wortes ihren Beitrag leisteten, sei zu danken. Zu nennen seien in diesem Zusammenhang auch Radio Free Europe und Radio Liberty in München, Voice of America in New York und die Deutsche Welle in Köln. Zugleich seien die in der Sowjetunion und andernorts installierten Störsender und ihre Praktiken anzuklagen, mit denen die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes gegen den freien Informationsfluß und damit zugleich auch gegen die Schlußakte von Helsinki verstießen.

Abg. Dr. Hupka bat die Massenmedien, sich als Bundesgenossen für die Menschenrechte und für den freien Informationsfluß einzusetzen und der NATO nicht nur in ihrer Aufgabe als Verteidigungsbündnis Aufmerksamkeit zu widmen, sondern die NATO als Wertegemeinschaft freier Völker darzustellen.

c) Militärische Fragen

Abg. **Horn** (Bundesrepublik Deutschland), Vorsitzender des Militärausschusses, kündigte an, daß der Unterausschuß für Verteidigungszusammenarbeit nach Abschluß des Berichts über die Auswirkungen der Technologie auf das Gefechtsfeld sich wieder seinem eigentlichen Thema der Rüstungskooperation zuwenden werde. Der zweite Unterausschuß habe seine Studie über Wehrdienstfragen beendet und werde die Probleme der konventionellen Verteidigung aufnehmen. Der Entschließungsentwuf des Ausschusses über die Sicherheit des Bündnisses unterstreiche die Notwendigkeit einer Verstärkung der konventionellen Streitkräfte trotz schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse in den Bündnisländern. In einer weiteren Entschließung über die Rüstungskooperation im Bündnis würden die Mitgliedsregierungen aufgefordert, durch verstärkte Zusammenarbeit dieser Art die begrenzten Mittel rationeller und effektiver zu verwenden.

d) Politische Angelegenheiten

Als Hauptthemen der Diskussion im Politischen Ausschuß nannte der Vorsitzende, Senator **Burton** (USA), die Lage in Polen, die Ost-West-Beziehungen und ihre Auswirkungen auf das Bündnis im Zusammenhang mit der Frage von Sanktionen, die Lage im Nahen Osten und die Abrüstung. Die meisten Ausschußmitglieder hätten sich gegen einen amerikanischen Truppenabzug aus Europa ausgesprochen und die Aufhebung der US-Sanktionsmaßnahmen gegen das russisch-europäische Erdgasgeschäft begrüßt. Auch sei ein politisches Frühwarnsystem erörtert worden. Der Unterausschuß Südflanke habe sich kritisch mit der neuen türkischen Verfassung auseinandergesetzt. Generalberichterstatter **Marks** (Vereinigtes Königreich) stellte bei der Einbringung eines Entschließungsentwurfs über die Ost-West-Beziehungen fest, daß sie infolge der Einführung des Kriegsrechts in Polen einen großen Rückschlag erlitten hätten. Ferner hätten Sanktionsmaßnahmen zu gegensätzlichen Positionen innerhalb des Bündnisses geführt. Es sei zu hoffen, daß dadurch die Notwendigkeit rechtzeitiger Konsultationen hinreichend deutlich geworden sei. Mit einer weiteren Entschließung zu den Ost-West-Beziehungen nach dem Tode Breschnews solle die Bereitschaft des Bündnisses zu verbesserten Beziehungen mit dem Osten unter Wahrung der Sicherheit und der demokratischen Prinzipien zum Ausdruck gebracht werden.

Unmißverständlich mache auch die Entschließung über die Lage in Afghanistan die sowjetische Politik der Mißachtung der afghanischen Souveränität und Unabhängigkeit sowie deren Verursachung millionenfachen Flüchtlingselends für den schlech-

ten Stand der Ost-West-Beziehungen verantwortlich. Auf französischen Antrag hin (Abg. **Huyghues des Etages** und **Bouvard)** wurde in die Entschließung ein ausdrücklicher Hinweis auf die heroische Haltung der afghanischen Widerstandskämpfer aufgenommen. Sen. **Percy** (USA) unterstützte diesen Antrag und forderte zugleich, alle Länder müßten bestrebt sein, der sowjetischen Macht einen Rückzug aus Afghanistan ohne Gesichtsverlust zu ermöglichen.

f) Kernwaffen in Europa

Senator **Biden,** Vorsitzender des Sonderausschusses für Nuklearwaffen in Europa, erinnerte daran, daß die Versammlung 1981 auf ihrer Tagung in München den NATO-Doppelbeschluß unterstützt habe mit der Forderung, die nukleare Mittelstrekkenkapazität des Bündnisses zu verbessern, jedoch auf einem möglichst niedrig auszuhandelnden Niveau. Bereits in München sei die Versammlung mit Demonstrationen konfrontiert gewesen. Inzwischen befürworte auch in den USA ein großer Teil der Bevölkerung ein gegenseitiges verifizierbares Einfrieren aller Atomwaffen. Diese öffentliche Meinung dürfe weder außer acht gelassen noch kritiklos übernommen werden. Der NATO-Doppelbeschluß mit dem Ziel der Null-Lösung stelle eine realistische Antwort darauf dar, für deren Unterstützung durch die Öffentlichkeit geworben werden könne mit dem Hinweis auf die beabsichtigten reduzierenden Auswirkungen bei den atomaren Kurzstreckenwaffen.

Abg. **Cartwright** (Vereinigtes Königreich) Mitberichterstatter des Ausschusses, stellte das Paradoxe der gegenwärtigen Situation heraus: Die Sowjets seien anscheinend nur durch Dislozierung — oder die feste Entschlossenheit zu diesem Schritt — von INF-Kapazitäten zu echten INF-Verhandlungen zu bewegen, deren Ziel die Begrenzung oder Abschaffung eben dieser Waffen sei. Für eine Verbindung von INF- und START-Verhandlungen sehe er allerdings keinen Ansatzpunkt. Der Sonderausschuß werde sich im kommenden Jahr eingehend mit den Voraussetzungen einer Strategie des „nicht frühzeitigen Einsatzes von Atomwaffen" befassen.

Französische Sprecher (Abg. **Darinot** und **Aumont)** erklärten die vorbehaltlose Unterstützung Frankreichs für den NATO-Doppelbeschluß, kündigten jedoch Stimmenthaltung bei der Entschließung an, da Frankreich aufgrund seiner unabhängigen Atomstreitmacht an der Ausführung des Beschlusses nicht beteiligt sei. In bezug auf eine eventuelle Ersetzung von nuklearen Abschreckungsmitteln durch neue konventionelle Waffen meldeten sie Bedenken wegen der Kosten und der noch ungewissen technischen Realisierbarkeit dieser Systeme an. Abg. **Marks** (Vereinigtes Königreich) wies darauf hin, daß die Null-Lösung bei INF-Verhandlungen im Verständnis der östlichen Seite notwendigerweise die Einbeziehung der französischen und britischen Nuklearwaffen bedeuten müsse.

Abg. **Francke** (Hamburg) (Bundesrepublik Deutschland) nahm zu dem von Senator Biden (USA) vorgelegten Bericht über die Tätigkeit des Sonderausschusses für Nuklearwaffen in Europa Stellung. Der Bericht sei vollständig und genau und verdiene weite Publizität. Er erinnerte daran, daß Bundeskanzler Dr. Kohl kürzlich erklärt habe, daß die Bundesregierung und die sie tragende Koalition nach wie vor und uneingeschränkt zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses und damit auch zu den Konsequenzen stünden, wenn am Ende des nächsten Jahres keine befriedigenden Ergebnisse erzielt worden sein sollten. Er erwähne das im Hinblick auf die konventionelle Rüstung; es gehe nicht um ein Entweder-Oder, sondern um ein Sowohl — Als auch. —

Abg. **Francke** (Hamburg) begründete die von Frau Krone-Appuhn vorgelegten Änderungsanträge. Die Aufgabenstellung der High Level Group sollte nicht begrenzt werden. Wenn dies geschehe, könnten die erhofften Ergebnisse nicht erzielt werden. Es sei auch nicht ausreichend, von „nuklearen Gefechtsfeldwaffen" zu sprechen; es müsse eine klare Bezugnahme auf Kurzstrecken-Nuklearwaffen gegeben sein. Dieser Begriff sei umfassender. Die Worte am Ende des ersten Absatzes „aimed at rationalizing and if possible reducing NATO's reliance on battlefield nuclear weapons" erweckten den Eindruck, daß tatsächlich mangelnde Rationalisierung und mangelndes Vertrauen in die Gefechtsfeldwaffen bestanden hätten. Es würde deshalb vorgeschlagen, diese Worte zu streichen. Ein potentieller Feind könnte aus der Verwundbarkeit Nutzen ziehen, die durch die eventuelle Nichtanwendung eines bestimmten Waffentyps entstünde. Die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern stimme den Bemühungen ihrer Regierungen zu, das Risiko eines Nuklearkrieges herabzusetzen. Es entstehe jedoch ein anderes Risiko im Hinblick auf die öffentliche Meinung, wenn die Bemühungen der NATO zu einer ganz erheblichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben führten, wie sie die Rogers-Doktrin in sich schließe. Diese Erwägungen zeigten die Gefahren der „Kein-Ersteinsatz-Theorie".

Abg. **Critchley** (Vereinigtes Königreich), Mitberichterstatter, lehnte die von Abg. Francke eingebrachten Änderungsanträge ab. Er unterstrich, daß es Aufgabe der NATO High Level Group sei, das derzeitige Spektrum der Streitkräfte daraufhin zu überprüfen, ob die Abstützung der NATO auf atomare Kurzstreckenwaffen vermindert oder konzeptionell rationalisiert werden könne. Durch derartige Schritte könne das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Rationalität der Abschreckungsdoktrin der NATO wesentlich gestärkt werden, zumal die Friedensbewegung dazu neige, mit Zweifeln sowohl an der amerikanischen Erwiderung eines Angriffs auf Europa als auch an der Notwendigkeit eines westlichen Ersteinsatzes von Nuklearwaffen im Falle eines Angriffs zu operieren.

Die Versammlung lehnte die von Abg. Francke begründeten Änderungsanträge ab.

Allgemeine Aussprache über das Thema „Konsens, öffentliche Unterstützung und die Zukunft des Bündnisses: Ist die NATO noch zeitgemäß?"

Die auf dieses Thema gegebenen Antworten waren im allgemeinen uneingeschränkt positiv. Mehrere Redner, darunter der belgische Abg. **Desmarets,** bezweifelten sogar, daß die Frage richtig gestellt sei und erklärten, daß die NATO, wenn sie nicht schon existierte, erfunden werden müsse. Der Kommunismus ziele nach wie vor auf eine weltweite Expansion (Abg. **Hopkins,** Kanada). Ein britischer Sprecher — **Sir Patrick Wall** — und andere westeuropäische Delegierte wiesen darauf hin, daß die NATO für mehr als drei Jahrzehnte den Frieden garantiert habe. Die Verteidigung sei zwar teuer; aber wenn der Dritte Weltkrieg vermieden werden solle, seien die aufgewandten Beträge relativ gering. Premierminister Frau Thatcher wurde zitiert: „Die passive Verteidigung der Freiheit ist nicht genug." Freilich gab es auch graduell unterschiedliche Standpunkte. So erklärte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der französischen Nationalversammlung, Abg. **Darinot,** daß Frankreich nicht in das militärische Integrationssystem der NATO zurückkehren werde, da es innerhalb des dafür sehr geeigneten Rahmens des Bündnisses seine Entscheidungen über das Verhalten im Konfliktfall selbst treffen wolle. Die Verstärkung der konventionellen Waffen bezeichnete er als wünschenswert, da damit die Autonomie der Europäer verstärkt werde. Der Vorsitzende des Politischen Ausschusses der Versammlung, Abg. **Marcus** (Frankreich), fügte hinzu, auf die Absicht des Ostblocks, einen Sieg ohne Kampf zu erreichen, sei das Bündnis die beste Antwort. Es müsse sich allerdings auch um Vorgänge außerhalb des Vertragsgebietes kümmern. Dieser Gedanke wurde u. a. von einem niederländischen Sprecher aufgenommen. Die amerikanischen Redner, so Senator **Mathias,** wiesen auf den starken Anteil der Europäer bei der gemeinsamen Verteidigung hin — 80% der Truppen, 75% der Luftstreitkräfte, 60% der Marinestreitkräfte — und machten darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Verteidigungsausgaben zwischen 1981 und 1983 von 78 auf 133 Mrd. Dollar gestiegen seien. Senator Mathias verneinte entschieden ein Wiedererwachen des „Mansfieldismus", — also der Befürwortung eines amerikanischen Truppenabzugs aus Europa. Freilich wurde auch die Forderung laut — Senator **Pell** —, daß mit Rücksicht auf den sich günstiger als oft angenommen darstellenden Kräftevergleich zwischen den konventionellen Streitkräften amerikanische Truppen aus Europa abgezogen werden könnten.

Abg. **McCrindle** (Vereinigtes Königreich) hob besonders hervor, daß die NATO nur durch Anpassung an eine sich wandelnde Welt überleben werde.

Von einer ganzen Reihe von Rednern wurden, mit verschiedenen Motivierungen, zwei grundlegende Forderungen erhoben: Das Image und die Glaubwürdigkeit der NATO müsse verbessert werden und das Bündnis müsse mehr als bisher die Unterstützung der öffentlichen Meinung in den Mitgliedsländern genießen, und zweitens: vor allem die junge Generation müsse für die Ziele des Bündnisses gewonnen werden. Die jungen Leute müßten verstehen — Abg. **Close** (Belgien) —, daß einseitiger Pazifismus Selbstmord sei. Der dänische Abg. **Budtz** hob hervor, daß es Anzeichen für verbesserte Friedensaussichten auf der internationalen Szene gebe. Er forderte, daß die NATO die Türkei verpflichten müsse, die demokratischen Prinzipien des NATO-Vertrags einzuhalten; es sei Heuchelei, wenn eine solche Forderung immer nur in Richtung Polen gestellt werde.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß seit Unterzeichnung des NATO-Vertrages in allen Mitgliedsländern eine neue Generation junger Menschen herangewachsen sei. Diese Generation kenne die Diktatur nicht aus eigener Erfahrung. Viele, wenn nicht die meisten der jungen Menschen sähen die Freiheit, die Demokratie, die Gerechtigkeit und selbst die Sozialversorgung als etwas Selbstverständliches an. Den jungen Leuten müsse vor Augen geführt werden, daß es in der Geschichte des Menschen nichts Selbstverständliches gebe; jede neue Generation müsse sich erneut für Frieden und Freiheit einsetzen. Jene, die nicht bereit seien, von der Geschichte zu lernen, würden dazu verurteilt, die Geschichte zu wiederholen. Das, was in Europa vor fast einem halben Jahrhundert geschehen sei, dürfe sich nie und nimmer wieder ereignen.

Während des in der Bundesrepublik Deutschland bevorstehenden Wahlkampfes werde sicher sehr intensiv über die Fragen NATO, Doppelbeschluß, Kernwaffen usw. gesprochen werden müssen. Die sogenannten Friedensbewegungen hätten in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts eine katastrophale Rolle gespielt, als es darum gegangen sei, den Krieg zu vermeiden. Kommunistische Führer hätten dadurch Auftrieb erhalten. Einseitige Zugeständnisse seien noch nie eine Garantie für den Frieden in der Gegenwart gewesen. Die Absicht, Frieden ohne Waffen zu schaffen, sei eine fromme Illusion. Eine einseitige Abrüstung führe nur dazu, daß die internationalen Spannungen anstiegen. Die Waffen müßten auf allen Seiten verschwinden, nicht nur auf einer Seite. Die Schwäche lade Aggressoren ein und stelle für sie eine Versuchung dar. Die Politiker der NATO-Staaten wollten genausowenig Kernwaffen wie die Teilnehmer an den Friedensmärschen. Nur könnten sie ihre Bemühungen nicht auf Illusionen stützen. Das wäre unverantwortlich gegenüber denen, für die sie einstehen müßten. Die Diktatoren achteten nur Stärke und Entschlossenheit. Nur angesichts dieser Stärke und Entschlossenheit verhielten sie sich friedlich und würden über Abrüstung verhandeln.

In allen Ländern erschalle der Ruf nach Abrüstung. Andererseits seien die Kosten für Verteidigungsgerät sehr stark angestiegen. Hieraus ergäben sich Interessenkonflikte mit sozialpolitischen Forderungen. Wenn aber die Verteidigungsbemühungen dem Sozialstaat untergeordnet würden, könnten mit der Freiheit auch die wesentlichen Bereiche unserer modernen Sozialsysteme verloren gehen. Friedrich

Naumann habe gesagt: „Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?" Das zeige, daß all dies, was hier diskutiert werde, gar nicht so neu sei.

Zu einer Zeit, in der die Sowjetunion auf wichtigen Rüstungsgebieten überlegen sei, seien alle Vorschläge, die zu Unsicherheit in bezug auf das westliche Bündnis führten, gefährlich. Die Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland liege nicht im Interesse der Menschen in den Vereinigten Staaten und in Europa. Der Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen würde die Kriegsgefahr für die Sowjetunion berechenbarer und deshalb auch den Krieg wahrscheinlicher machen. Ossietzky habe darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion noch nie einen Angriff auf ein fremdes Land begonnen habe, wenn damit große Risiken für sie verbunden seien.

In den Ausschüssen sei über das Türkei-Problem diskutiert worden. Möglicherweise verfüge die Türkei nicht in jeder Hinsicht über die hohen Werte der Demokratie, wie sie den westlichen Ländern eigen seien. Die Türkei gehe aber den Weg zurück zur Demokratie. Die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung habe die neue Verfassung angenommen. Diese Verfassung enthalte auch Grundrechte und -freiheiten. Die Nordatlantische Versammlung müsse für die Präsenz dieses Landes eine annehmbare Lösung finden. Es könne große Verlegenheit entstehen, wenn die Versammlung die Grundsätze der Demokratie hochhalte und wenn dann die Türkei von der anderen Seite umarmt würde. Es wäre sehr erfreulich, wenn bei der nächsten Tagung die spanischen Kollegen hier begrüßt werden könnten.

Die Frage müsse gestellt werden, wie die Zukunft des geteilten Deutschland aussehe, wenn alle freien Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage wären, ihre Freiheit zu bewahren. Der manchmal befürwortete Neutralismus sei keine Möglichkeit der Bewahrung der Freiheit für die Bundesrepublik Deutschland. Dieser Staat sei immer als die Grundlage eines wiedervereinigten Deutschlands angesehen worden. Seinen jungen Zuhörern sage er vor Wahlen immer, daß nicht jene, die an Demonstrationen teilnähmen, die eigentliche Friedensbewegung darstellten. Die beste Friedensbewegung in den letzten Jahrzehnten sei und bleibe die NATO und die Tausende oder gar Millionen von jungen Menschen, die als Soldaten in den Armeen der Mitgliedsländer dienten, ohne darüber viele Worte zu verlieren, setzten sich am stärksten für den Frieden ein. Aus diesem Grunde sei die NATO heute noch so lebendig und brauchbar, wie sie es von jeher gewesen sei.

Abg. **Horn** (Bundesrepublik Deutschland) leitete seine Ausführungen mit einem Hinweis darauf ein, daß seine bei der letzten Jahreskonferenz gemachte Aussage unverändert gelte: die NATO sei die stärkste Friedensorganisation und dafür sei die 36jährige Friedenszeit in Europa ein deutlicher Beweis. Selbstverständlich sei Sicherheit vor einer militärischen Aggression nicht zum Nulltarif zu haben. Finanzielle Leistungen müßten erbracht werden, um keine Opfer an Blut bringen zu müssen. Die Bundesrepublik Deutschland habe aktive Leistungen und politische Ergebnisse vorzuweisen, die von allen freiheitlich gesinnten Menschen anerkannt werden müßten. Die Ergebnisse der Ost-Verträge, die nur auf der Grundlage einer solidarischen Bündnispolitik möglich gewesen seien, hätten eine praktizierte Menschenrechtspolitik erbracht, mit neuen politischen Impulsen für die NATO. Seit dem Harmel-Bericht laute die kurze, aber präzise Formel der NATO-Doktrin: Verteidigung plus Entspannung ergibt Sicherheit. Wie nur auf der Grundlage des Bündnisses die Ost-Verträge möglich gewesen seien, habe auch nur auf der Grundlage der militärischen Sicherheit durch die NATO die Freiheit Berlins gesichert und im Viermächte-Abkommen politisch garantiert werden können. Für nicht in Berlin lebende Menschen sei es manchmal unvorstellbar, was diese Garantie für $2^1/_2$ Millionen Menschen tagtäglich in ihrer menschlichen und sozialen Existenz bedeute. Für viele sei auch unvorstellbar, welch ein politisches Gewicht diese Verträge hätten und was durch Festigkeit und Verhandlungswillen erreicht worden sei.

Ein Aktivposten der klaren Politik auf der Grundlage der westlichen Allianz bestehe darin, daß seit zehn Jahren eine Menschenrechtspolitik praktiziert werde, die fast ohne Beispiel sei. Es sei gelungen, jährlich mehr als 10 000 Familien von Deutschland nach Deutschland, d. h. von der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zusammenzuführen. In manchen Fällen sei dem Vater die Flucht gelungen, während Frau und Kinder Geiseln in den Händen eines erbarmungslosen Staatssystems seien, eines Systems, das sich nicht scheue, Menschenschicksale für Zwecke der Staatsräson zu mißbrauchen. Im letzten Jahr seien sogar 13 000 Familien zusammengeführt worden — jeder sogenannte „Fall" sei ein menschliches Schicksal. Diese Schicksale seien das Ergebnis einer unheilvollen deutschen Geschichte. Dies sei unsere historische Schuld. Um so mehr würden die Solidarität der Bündnispartner und die aktive Friedenspolitik des Bündnisses anerkannt. Damit würde deutschen Mitbürgern geholfen, die nicht Täter, sondern Opfer seien.

Diese Friedenspolitik liefere Argumente für die aktive Auseinandersetzung mit manchen irrationalen Strömungen der Friedensbewegung in Deutschland und sie verleihe vor allem Glaubwürdigkeit in dem Gespräch mit der jungen Generation, die gewonnen werden müsse und die überzeugt werden müsse.

Wenn die NATO von dieser Sicht her betrachtet werde: als schützendes Militärbündnis auf der Grundlage einer politischen Wertegemeinschaft, der Freiheit und der Menschlichkeit, die uns miteinander verbinde, könnten wir uns mit allen anderen messen: mit dem ideenlosen Kommunismus nach außen und mit verunsicherten, vor allem jungen Bürgern im Inneren, die wir überzeugen wollten und auch könnten.

Abg. Dr. **Corterier** (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, eine Zielsetzung stehe im Vordergrund

der Bemühungen: wie man die öffentliche Meinung für die Ziele des Bündnisses und die dafür notwendige Politik gewinnen könne. Dies gelte für beide Seiten des Atlantiks. In Europa und in den Vereinigten Staaten sei die öffentliche Meinung zunehmend kritisch in bezug auf die Daseinsberechtigung des Bündnisses geworden, und zwar aus den verschiedensten Gründen.

Zwei Fragen seien in diesem Zusammenhang zu nennen, die auch die Debatte beherrscht hätten:

1. Die Beziehungen mit der Sowjetunion, d. h. mit der Nach-Breschnew-Führung in dem vor uns liegenden Jahrzehnt,
2. welcher militärischen Fähigkeiten und Praktiken es bedürfe, um die Sicherheit des Bündnisses zu garantieren.

In den Beziehungen mit der Sowjetunion müßten die Mitgliedsländer eine Politik treiben, die auf Stärke und Dialog gegründet sei. Als ein Verteidigungsbündnis müßten wir die Glaubwürdigkeit unserer militärischen Kräfte sichern. Aber die Verteidigungsmöglichkeiten müßten auch mit der wirtschaftlichen Gesundheit unserer Gesellschaft in Einklang gebracht werden. In einer Periode ernsthafter wirtschaftlicher Schwierigkeiten werde die öffentliche Meinung Militärpolitiken nicht unterstützen, die mit den berechtigten nationalen Forderungen nicht übereinstimmten.

Unsere Beziehungen mit der neuen sowjetischen Führung sollten auf Festigkeit gegründet sein. Wir müßten fortgesetzt darauf hinweisen, daß das Verhalten der Sowjetunion in Polen und Afghanistan nicht annehmbar sei. Gleichzeitig sollten wir darin fortfahren, auf allen möglichen Wegen Frieden und Stabilität mit nichtmilitärischen Mitteln sicherzustellen. Verstärkter Nachdruck müsse auf die Rüstungsbegrenzungsverhandlungen gelegt werden: START, INF, MBFR und eine Europäische Abrüstungskonferenz innerhalb des Rahmens der Schlußakte von Helsinki. Wenn diese Verhandlungen fehlschlagen sollten, müsse in der öffentlichen Meinung klargemacht werden, daß die Sowjetunion für den Fehlschlag verantwortlich sei.

Die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Osten müßten pragmatisch und wohldurchdacht sein, und sie sollten mit unserem eigenen Interesse in Übereinstimmung stehen. Alle Mitglieder der Versammlung begrüßten die Aufhebung der Sanktionen durch Präsident Reagan als einen wesentlichen Beitrag zur Beseitigung der Differenzen, die zwischen Europa und den USA auf diesem Gebiet bestanden hätten. Man könne nur hoffen, daß die Sowjetunion positiv auf diese Maßnahmen reagiere.

Der zweite ausschlaggebend wichtige Bereich, mit dem sich die Konferenz befaßt habe, betreffe jene militärischen Fähigkeiten und Politiken, die erforderlich seien, um die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckungsstrategie durch die Flexible Response sicherzustellen. Unsere Hauptsorge in dieser Beziehung gelte der atomaren Politik. Die größte Herausforderung, die sich dem Bündnis heutzutage stelle, sei die Erklärung und Rechtfertigung einer Verteidigungspolitik, die Atomwaffen einbeziehe. Kurzfristig müsse unser Ziel sein, an dem Doppelbeschluß festzuhalten. Es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen dem Fortschritt bei der Rüstungsbegrenzung und der möglichen Aufstellung von Atomwaffen. Nur dann, wenn gleicher Nachdruck auf beides gelegt werde, könne ein annehmbares Ergebnis erhofft werden, das von der Öffentlichkeit der Mitgliedsländer angenommen werde.

Es gebe aber noch eine andere Möglichkeit, das Verständnis der Öffentlichkeit — und ihre Unterstützung — für die Nuklearpolitik des Bündnisses zu verbessern: durch den Abbau der sehr großen Zahl taktischer Atomsprengköpfe, die zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland stationiert seien. Dies könne jedoch nur von der Aufstellung wirkungsvollerer konventioneller Streitkräfte begleitet sein. Es sei viel von den neuen Möglichkeiten die Rede gewesen, die der NATO dank gewisser technologischer Entwicklungen zur Verfügung stünden. Diese Optionen müßten sehr sorgfältig studiert werden, vor allen Dingen im Hinblick auf ihre Praktikabilität und ihre Kosten.

In dieser Beziehung sei es verwirrend, wenn in den Vereinigten Staaten Stimmen laut würden, die die US-Truppen in Europa vermindern wollten. In einer Periode, in der die NATO prüfe, ob sie ihre konventionellen Streitkräfte verstärken könne, seien alle Veränderungen in der Zahl der US-Streitkräfte äußerst besorgniserregend.

Die Konferenz habe die Frage diskutiert, ob die NATO noch zeitgemäß sei. Die Antwort sei ganz überwiegend positiv gewesen, und es hätte in der Tat überraschen müssen, wenn es anders gewesen wäre. Der Nutzen der Debatte habe in der klaren Erkenntnis der wirklichen Probleme, denen sich das Bündnis gegenübersehe, bestanden. Angesichts dessen gebe es zwei dringende Notwendigkeiten: die Schwierigkeiten, die es in der Allianz in den letzten zwei Jahren gegeben habe, müßten überwunden werden, und die Politik der NATO müsse auf Kontinuität, Konsequenz und Ausgeglichenheit gegründet werden. Das Bündnis stütze sich auf Vielfalt, Meinungsverschiedenheiten seien in der Vergangenheit beigelegt worden, und dies werde auch in Zukunft geschehen, wenn die Mitglieder der NATO zu dem Geist der Flexibilität zurückkehrten, zu der Bereitschaft zum Kompromiß und zu der Bereitschaft, einander so früh und gründlich wie möglich zu konsultieren. Diese Bereitschaft habe traditionsgemäß die Grundlage für die Solidarität des Bündnisses geliefert.

Konsequenz und Ausgeglichenheit müsse mit den Erfahrungen und Erwartungen der Völker übereinstimmen. Die gewählten Volksvertreter hätten die Pflicht, die öffentliche Meinung der Mitgliedsländer an herausgehobener Stelle zu beeinflussen. Sie hätten aber auch eine gleiche Verantwortung, auf andere zu hören und, wenn nötig ihre Meinung zu ändern. Niemals dürfe vergessen werden, daß das Ziel der NATO-Verteidigungsstrategie nicht allein darin bestehe, die Sowjetunion abzuschrecken. Diese Strategie solle den Völkern, die die NATO schütze, das Gefühl der Sicherheit geben.

Ansprache von General Bernard W. Rogers, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa

General **Rogers** erklärte, daß es für den Fortbestand des Bündnisses unbedingt erforderlich sei, einen breiteren Konsens über die Maßnahmen zur Erhaltung der Sicherheit im Bündnis zu erzielen, der auch Unterstützung in der Öffentlichkeit finde. Es bestehe zwar Übereinstimmung über das oberste Ziel der NATO, die Wahrung des Friedens. Umstritten seien jedoch die Mittel und Wege zum Erreichen dieses Zieles:

— Erhaltung der Sicherheit durch Abschreckung;

— Abbau von Feindseligkeiten und Spannungen in der Welt;

— Reduzierung und Ausgewogenheit der Truppenstärken.

Hinsichtlich der Erhaltung der Sicherheit durch Abschreckung sei umstritten, wie viel militärische Leistungsfähigkeit erforderlich sei. Um diese Frage zu beantworten, müsse man von der derzeitigen Lage der NATO ausgehen. Der Maßstab für eine Einschätzung der Lage sollte sein, inwieweit die NATO-Strategie der Flexible Response verwirklicht werden könne. Diese Strategie sehe drei mögliche Reaktionen vor:

— Die Direktverteidigung, wobei entweder ein Angriff abgewehrt **oder** dem Feind die Eskalation auferlegt wird;

— Entschlossene Eskalation von seiten der NATO;

— Die allgemeine nukleare Erwiderung, das stärkste Abschreckungsmittel der NATO.

Die Strategie der Flexible Response könne beibehalten werden, wenn jedes Element der Triade der Kräfte — die strategischen nuklearen Kräfte, die nuklearen Kräfte auf dem Gefechtsfeld und die konventionellen Kräfte — entsprechend leistungsfähig sei. Die Warschauer Paktstaaten seien in diesen drei Bereichen überlegen. Wenn die NATO konventionell angegriffen werde, müsse sie sehr schnell zur zweiten Reaktion greifen — entschlossene Eskalation — wenn der Angriff erfolgreich abgewehrt werden solle. Die Leistungsfähigkeit der konventionellen Kräfte innerhalb der NATO entspreche nicht dem erforderlichen Niveau, was die Strategie der Flexible Response gefährde. Einer der Hauptgründe für den Rückstand auf konventionellem Gebiet sei die Tatsache, daß man in vielen NATO-Ländern nicht zu zusätzlichen Opfern bereit sei. Die Militärausgaben der Sowjetunion seien mehr als doppelt so hoch wie die der Vereinigten Staaten.

Obwohl die NATO jedes Jahr stärker werde, vergrößere sich die Disparität zwischen den Kräften der NATO und denen des Warschauer Paktes. Umfang, Art und Stärke der Kräfte des Warschauer Paktes deuteten auf die Fähigkeit und Bereitschaft zur Aggression hin. Diese Vermutung sei durch die Invasion Afghanistans bestätigt worden. Die größte Bedrohung liege nach Ansicht von General Rogers allerdings darin, daß es der Sowjetunion mit Hilfe der Militärmacht des Warschauer Paktes gelingen könnte, auf Westeuropa wirtschaftlichen und politischen Druck auszuüben.

Die NATO könne ihren Rückstand im Bereich der konventionellen Kräfte bis zum Ende dieses Jahrzehnts aufgeholt haben; dies setze jedoch eine durchschnittliche reale Erhöhung der Verteidigungsausgaben um jährlich 4 % voraus.

Obwohl also das Schlüsselproblem der NATO die Stärkung des konventionellen Kräftepotentials sei, könne sie aus Gründen der Abschreckung auf ein angemessenes Spektrum an Kernwaffen nicht verzichten.

Das zweite Ziel der NATO sei das Streben nach dem Abbau von Feindseligkeiten und Spannungen in der Welt. Dieses Ziel basiere natürlich auf dem Wunsch nach konstruktiveren Beziehungen zur Sowjetunion. Es solle allerdings keine Zusammenarbeit um jeden Preis angestrebt werden, ohne Rücksicht auf die sowjetischen Reaktionen.

Das dritte Ziel der NATO — das wichtigste — sei die erfolgreiche Aushandlung von ausgewogenen und kontrollierbaren Abrüstungsvereinbarungen. Dazu sei es notwendig, daß die Sowjetunion ernsthaft an Verhandlungen interessiert sei.

Dies wiederum setze voraus, daß das Bündnis als politische Einheit erscheine und militärisch stark und entschlossen wirke. Deshalb sei ein Festhalten am NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 unbedingt erforderlich. Zu den Verhandlungen über Rüstungsabbau und Rüstungskontrolle gebe es keine Alternative. Erfolgreiche Verhandlungen seien möglich; sie setzten Geduld, Stärke und Entschlossenheit voraus.

Um zu einem breiten Konsens hinsichtlich der Ziele des Bündnisses zu kommen, müsse man auf die Einstellung der Bevölkerung Einfluß nehmen. Diejenigen, die ein Einfrieren der Kernwaffen und ein Moratorium forderten, mißachteten, daß dadurch ein beträchtliches Ungleichgewicht zuungunsten der NATO fixiert würde. Ebenso seien Pazifismus, Neutralismus und einseitige Abrüstung keine gangbaren Wege, weil die NATO dadurch ihre Handlungsfreiheit einbüßen würde.

Weiterhin müsse die Bevölkerung in den Bündnisländern erkennen, daß die internationalen Interessen des Bündnisses mit den nationalen Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten eng verknüpft seien. Die Amerikaner müßten überzeugt bleiben, daß lebenswichtige Interessen der Vereinigten Staaten untrennbar von jenen Westeuropas seien. Daher bleibe auch die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa weiterhin ein entscheidendes Element der Verteidigungsanstrengungen der USA.

Vier Trends seien besorgniserregend:

(1) der ständig größer werdende Abstand im Verhältnis der Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes; (2) der durch eine lautstarke Min-

derheit verursachte negative Einfluß auf die Bemühungen der NATO um die Meinungsbildung in den Mitgliedsländern; (3) die wachsende Ungeduld in bezug auf die bisherigen Bemühungen um Rüstungskontrolle und die Vorschläge für scheinbar schneller zu erzielende Lösungen; (4) das Drängen, Kürzungen vorzugsweise in den Verteidigungshaushalten vorzunehmen.

Ein Zusammenwirken dieser Tendenzen könne dazu führen, daß die militärische Lage der NATO außer Kontrolle gerate und daß sie gegenüber dem von den Ostblockländern ausgehenden Druck und der Erpressung nicht mehr widerstehen könne.

Die Aufgabe der Meinungsbildung werde nicht leicht sein: es müsse klar gemacht werden, daß heute aufgerüstet werden müsse, um morgen abzurüsten, da die Menschen heute mehr Opfer für ihre Sicherheit bringen müßten, so daß, bei einem Erfolg der Reduzierungsverhandlungen, sie morgen weniger Opfer bringen brauchten, und zwar ohne Risiko für ihre Sicherheit. Das größte Hindernis hierbei sei Selbstzufriedenheit und eine nicht überzeugte junge Generation. Eifer, Begeisterung und Energie seien notwendig. Die öffentliche Meinung sei nicht gegen die NATO eingestellt; aber die Zahl derer, die in den Mitgliedsländern öffentlich für das Bündnis einträten, sei geringer als die Minderheit, die es lautstark kritisiere. Denjenigen, die infolge Unwissenheit, Furcht oder falscher Logik die Struktur des Bündnisses bedrohten, das Frieden und Freiheit für über drei Jahrzehnte aufrechterhalten habe, müsse der Kampf angesagt werden.

Auf entsprechende Fragen des Abg. **Lancien** (Frankreich) antwortete General **Rogers,** die zwischen Frankreich und dem Bündnis unterschiedliche Strategie in bezug auf den Einsatz der nuklearen Gefechtsfeldwaffen sei ihm bekannt. Die Absicht, solche Waffen zuerst zu verwenden, sei vielleicht nicht viel in der Vergangenheit publiziert worden, sie sei aber immer Teil der Bündnispolitik gewesen. Die Aufrechterhaltung dieser Option sei die wirksamste Abschreckung. Die NATO werde niemals zuerst angreifen, aber wenn sie angegriffen werde, werde sie von jeder verfügbaren Option Gebrauch machen, um deren Angriff zu vergelten. — Die Einsatzmöglichkeiten von gesteuerten Raketen seien verbessert worden; es sei aber nicht daran gedacht, sie ausschließlich einzusetzen, sondern sie würden bemannte Flugzeuge ergänzen. — Es werde keinen Abzug nuklearer Gefechtsköpfe von Europa geben, bis eine entsprechende konventionelle Verteidigungsstreitmacht aufgebaut sei. Die NATO habe ihre Verteidigung völlig auf die nukleare Bewaffnung abgestellt. Da er, Rogers, dies nicht für richtig halte, schlage er vor, die konventionellen Streitkräfte zu verstärken, so daß in einer Konfliktsituation von der anderen Seite entschieden werden müsse, ob sie nukleare Waffen einsetze. Er hoffe, daß die Anwesenheit von beträchtlichen konventionellen Streitkräften Akte der Aggression verhindern könne.

Abg. **Roth** (Vereinigte Staaten) fragte, ob Informationen über die Verteidigung nicht hinsichtlich ihres Geheimhaltungsgrades niedriger eingestuft werden könnten, um mit Hilfe einer besseren Publizität die Unterstützung der Bürger für die Politik der NATO zu erlangen. General **Rogers** stimmte zu. Er selbst habe sich intensiv dafür eingesetzt, daß Fotos von sowjetischen Pipeline-Vorräten und von Material zur Überquerung von Flüssen, das für den Westen bestimmt sei, bekanntgemacht würden. Die Vereinigten Staaten wüßten, daß die Sowjetunion den Aufbau von 38 SS 20-Stellungen abgeschlossen habe. Es gebe gute Gründe dafür, daß die Sowjets nicht den Umfang der Kenntnisse des Westens kennen sollten; aber um der Stärke des Bündnisses willen müßten diese Gründe hintangestellt werden.

Senator **Percy** (Vereinigte Staaten) erklärte, daß die NATO auf eine bessere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft abzielen müsse, da dann gemeinschaftliche Antworten in bezug auf Probleme, die mit den wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten zusammenhingen, gegeben werden könnten. General **Rogers** stimmte dem voll zu.

Staatsminister **Dr. Günther** (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß immer wieder in den letzten Jahren zu recht festgestellt worden sei, daß der Friede durch die Philosophie der atomaren Abschreckung gewährleistet worden sei, und die Frage sei zu stellen, ob die von General Rogers befürwortete Verstärkung der konventionellen Streitkräfte für einzelne Mitgliedsländer eine entscheidende Veränderung der Strategie bedeute. Durch diese Verstärkung werde die atomare Schwelle höher angesetzt, und konventionelle Konflikte in Europa würden für möglich gehalten, ohne daß der Atomschlag ausgelöst werde. Nach den heutigen Erkenntnissen über die konventionelle Bewaffnung könne dies für einige der Mitgliedstaaten verheerende Auswirkungen haben.

General **Rogers** stellte fest, daß es sich nicht um eine neue Strategie handele. Die Verbündeten könnten nur einen kurzen Krieg durchstehen, da sie nicht die Kräfte für einen längeren besäßen. Die Aufstellung konventioneller Kräfte sei vernachlässigt worden. Die Verstärkung der konventionellen Kräfte würde den Einsatz von Nuklearwaffen aufschieben, und vielleicht könnte ihr Einsatz überhaupt vermieden werden.

Ansprache des Verteidigungsministers des Vereinigten Königreichs, John Nott

Minister **Nott** kündigte an, daß er über die britische Verteidigungspolitik nach den Erfahrungen auf den Falklands und über den Stand des Nordatlantischen Bündnisses sprechen wolle. Die britische Verteidigungspolitik gehe davon aus, daß die Hauptbedrohung der Sicherheit der westlichen Welt durch die militärische Macht der Sowjetunion hervorgerufen werde, und sie gehe weiter davon aus, daß Großbritannien diese Bedrohung nicht allein bestehen könne. Die Bedrohung habe sich in letzter Zeit qualitativ und quantitativ verstärkt. Dies werde sich in

den nächsten fünf Jahren fortsetzen. Noch beunruhigender seien die Fortschritte in der sowjetischen Verteidigungstechnologie. Damit verfüge die Sowjetunion über ein breites Spektrum militärischer Optionen, mit denen sie die westlichen Länder bedrohen könne.

1. Die strategische Nuklearabschreckung werde durch vier Polaris-U-Boote aufrechterhalten. Die Boote würden durch den Erwerb der Trident D 5-Geschosse modernisiert, die in der Mitte der 90er Jahre der Polaris nachfolgten. Die Trident werde die nukleare Abschreckung Großbritanniens bis weit in das nächste Jahrhundert hinein glaubhaft machen.

2. Die zweite wesentliche Aufgabe sei die Verteidigung des Vereinigten Königreichs selbst als „Flugzeugträger" und Verstärkungsbasis für das Bündnis. Die Luftverteidigung werde in den nächsten Jahren durch die Einführung des Tornado F 2, durch die bereits existierenden Phantom-Abteilungen, die Bewaffnung der Hawk-Flugzeuge mit Sidewinders und die Modernisierung der Bodenanlagen sichergestellt. Die Territorialarmee werde durch die Einführung einer neuen Freiwilligenreserve verstärkt.

3. Das Vereinigte Königreich stelle traditionell 70 % der Seestreitkräfte der NATO bereit. Das vorgesehene konventionelle U-Boot-Programm würde eine ausschlaggebende Verstärkung der Rolle des Vereinigten Königreiches auf diesem Gebiet sein. In diesem Zusammenhang seien auch die U-Bootabwehr und der Schutz der transatlantischen Versorgung zu nennen.

   Um diese Aufgaben erfüllen zu können, sei ein beachtliches Modernisierungsprogramm eingeleitet worden. Im letzten Jahr seien über 1 Milliarde Pfund für den Bau von Schiffen ausgegeben worden. Auch die bei der U-Boot-Jagd eingesetzten Waffen würden beträchtlich verbessert. Der Minister erwähnte in diesem Zusammenhang auch die in dem Falkland-Konflikt bewährten See-Aufklärer Nimrod MK 2, deren Reichweite durch Betankung in der Luft vergrößert werden könne. Große Anstrengungen würden auch bei der Verbesserung gesteuerter Waffen gemacht.

4. Der vierte Beitrag, den das Vereinigte Königreich zur NATO leiste, bestehe in der Bereitstellung von Bodenstreitkräften in der Mitte Europas, wo sich die größte Konzentration von Streitkräften der Warschauer-Pakt-Staaten befinde. Es gebe keinen Ersatz für diese britischen Bodenstreitkräfte, die dort an der richtigen Stelle die Vorwärtsverteidigung Großbritanniens und des Bündnisses im Ganzen sicherten. Es bestehe kein Anlaß, diese Kräfte zu verringern, sondern sie müßten modernisiert werden, damit sie einem Angriff des Warschauer Paktes begegnen könnten.

Das Vereinigte Königreich werde im nächsten Jahr 5,4 % des Bruttosozialprodukts für Verteidigungsausgaben einsetzen. Im Ganzen genommen bringe das Vereinigte Königreich damit 1983 10 % mehr für Verteidigung auf als in diesem Jahr.

Der Falkland-Konflikt werde die Richtung der britischen Verteidigungspolitik nicht ändern. Natürlich gebe es Lehren aus diesem Konflikt, die auch innerhalb des Bündnisses berücksichtigt werden sollten: Die erste Lehre bestehe darin, daß die Streitkräfte ausgewogen sein müßten. Zweitens: Der Konflikt zeige die lebenswichtige Bedeutung der für einen Kampf erforderlichen Vorräte und der logistischen Unterstützung, um sie an die Front zu bringen. Drittens: Die nationalen Ressourcen seien in einem größeren Ausmaß als ursprünglich geplant in Anspruch genommen worden. Zum Beispiel habe man 55 Handelsschiffe von über 30 Handelsgesellschaften eingesetzt. Mehr Baulichkeiten, Flugzeuge, Helikopter und Fahrzeuge müßten eingesetzt werden, um die Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Die vierte Lehre aus dem Konflikt bestehe in der Erkenntnis der Auswirkungen der modernen Technologie auf die Kriegsführung. Es sei nutzlos, Schiffe zu besitzen, wenn sie nicht mit den neuesten Waffen ausgerüstet seien. Die argentinische Flotte sei durch britische Nuklear-U-Boote wirkungsvoll neutralisiert worden. Die Bedeutung elektronischer Gegenmaßnahmen habe sich klar gezeigt. Fünftens: Der Konflikt habe die Wichtigkeit der Mobilität erwiesen. Es könnten nicht genug Hubschrauber — „Chinooks" — im Verteidigungsabschnitt Europa-Mitte eingesetzt werden. Sechstens: Das Befehlssystem habe funktioniert. Die politische Leitung der Aktion sei dadurch jederzeit möglich gewesen. Siebtens: Die Bedeutung von besonderen Streitkräften wie Aufklärern usw. sei ausschlaggebend für den Erfolg der Operation gewesen. Die letzte und wichtigste Lehre bestehe darin, daß der Erfolg von der Qualität der eingesetzten Truppen abhänge. Bei den Entscheidungen auf dem Schlachtfeld zählten Menschen mehr als Maschinen. Die Truppen des Vereinigten Königreiches seien besser ausgebildet gewesen als die Argentinier und hätten den Willen zum Sieg gehabt. Das in sie gesetzte Vertrauen sei gerechtfertigt worden.

Mit geringen Ausnahmen seien die britische Rheinarmee und die RAF in der Bundesrepublik Deutschland in ihren Basen belassen worden. Zeitweise seien erhebliche Marinestreitkräfte vom Ostatlantik abgezogen worden; aber nie habe mehr als ein Drittel der britischen Marinestreitkräfte mit dem Konflikt zu tun gehabt.

Der Minister wandte sich darauf den derzeitigen aktuellen Problemen des Bündnisses zu. Es sei beruhigend, daß der Pipeline-Streit beigelegt sei; die Lehre, die daraus zu ziehen sei, sei die Bedeutung von Konsultationen. Jede zahlenmäßige Herabsetzung der amerikanischen Streitkräfte in Europa würde die Abschreckung schwächen. Wenn einige Leute in Amerika glaubten, daß die Europäer durch die Ankündigung des Abzugs von Truppen dazu gebracht werden könnten, selbst mehr zu tun, sei nur festzustellen, daß dies nicht der Weg sei, Führungsstärke zu praktizieren.

Das Vereinigte Königreich folge bei der Aufstellung von Mittelstreckenraketen im Dezember 1983 dem vorgesehenen Zeitplan. Der Kern des Problems liege im Verständnis der Öffentlichkeit für die Tatsachen. Die Regierungen des Ostblocks hätten hiermit keine Probleme. Einseitige Abrüstung sei der Feind der Abrüstung, nicht ihr Freund.

Die für die Verteidigung erforderlichen Kosten erhöhten sich schneller als das Wachstum der Wirtschaft in den meisten westlichen Ländern. Niemand wisse eine Lösung für dieses Problem.

Mehr und mehr werde anerkannt, daß die NATO ihre konventionellen Streitkräfte angesichts der immer größer werdenden Bedrohung der Sowjetunion verbessern müsse. Wenn man aber dafür eintrete, bedeute das nicht, daß der Einsatz von Kernwaffen nicht mehr in Betracht komme. Die NATO müsse über die Mittel verfügen, potentielle Feinde vom Einsatz ihrer Kernwaffen abzuschrecken.

Wenn der Friede aufrechterhalten werden solle, könne dies nur geschehen, wenn die potentiellen Feinde glaubten, daß die westlichen Länder kämpften, um ihre lebenswichtigen nationalen Interessen zu verteidigen. Großbritannien sei bereit gewesen zu kämpfen, und die kollektive Abschreckung des Bündnisses sei dadurch verstärkt worden. Der größte Erfolg der NATO — von dem zu wenig die Rede sei — sei die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa seit 33 Jahren. Die Völker der Mitgliedsländer müßten immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die NATO die einzige wirkliche Friedensbewegung sei, und die einzige mit einem wirklichen Erfolg.

Ansprache des Generalsekretärs der NATO

Dr. Luns nahm zunächst zu dem Wechsel in der sowjetischen Führung Stellung. Die ersten Äußerungen des neuen sowjetischen Parteichefs seien nicht sehr freundlich gewesen, aber auch nicht feindlicher als zuvor. Die westliche Reaktion sei überlegt und zurückhaltend gewesen. In Polen zeichne sich seit der Entlassung Walesas eine Verbesserung der Situation ab. Der Beschluß des Präsidenten der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Beendigung der Sanktionen im Zusammenhang mit der sowjetischen Pipeline sei zu begrüßen. Die europäischen Außenminister hätten sich für strengere Bestimmungen in bezug auf die Lieferung von hochentwickelter Technologie an die Sowjetunion ausgesprochen. Dies würde in der OECD diskutiert werden.

Die Strategie der Verteidigung gegen die Bedrohung durch die Sowjetunion habe sich in den letzten zwanzig Jahren in den Mitgliedsländern des Bündnisses nicht geändert. Er sei jedoch besorgt über die in letzter Zeit eingetretenen Änderungen in der öffentlichen Meinung. Ziel der Verteidigungspolitik sei es abzuschrecken und einen Krieg zu verhindern, in dem furchtbare Waffen eingesetzt würden und den niemand gewinnen könne. Der Doppelbeschluß mache die nukleare Verteidigung glaubwürdig. Wenn die Vereinigten Staaten nicht die Modernisierung ihrer Waffen in Europa eingeleitet hätten, hätte die Sowjetunion gezweifelt, daß die Vereinigten Staaten überhaupt Europa gegen die SS 20 verteidigen würden. Diejenigen, die sich der Abschreckung entgegenstellten, bereiteten den Weg für die Sowjetunion, die entweder Europa erpressen oder einen auf Europa begrenzten Krieg beginnen könnte. Die Anti-Abschreckungslobby werde kräftig von der Sowjetunion unterstützt.

Die ganze Situation werde dadurch kompliziert, daß die Vereinigten Staaten glaubten, Europa tue nicht genug zu seiner Verteidigung. Man müsse sich aber vor Augen halten, daß in den Siebzigerjahren die europäische Anstrengung vergrößert worden sei bei gleichzeitiger Verringerung des Beitrags der Vereinigten Staaten. Statistiken über das Ausmaß der Verteidigungsausgaben seien oft deswegen irreführend, weil sie der wechselnden Bewertung des Dollars nicht Rechnung trügen.

Zu den Vorschlägen für einen Abzug von Truppen der Vereinigten Staaten aus Europa könne er nur bemerken, daß diese Truppen zuerst und zuletzt in Europa Amerika schützten. Der Anteil der Vereinigten Staaten an den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen sei beträchtlich. Im ganzen brächten die Vereinigten Staaten 30 % und die europäischen Verbündeten und Kanada 70 % der Verteidigungsausgaben auf. Die Notwendigkeit, solidarisch und in gegenseitiger Abstimmung zu handeln, sei nach wie vor ausschlaggebend. Jede Regierung sollte ihrer Bevölkerung in gleicher Weise, wie es im Vereinigten Königreich bei seiner Aktion im Südatlantik geschehen sei, die wirklichen Fakten der Verteidigungssituation sagen.

Auf die Frage des holländischen Abg. **Pateyn** nach Beweisen für die Unterstützung der Friedensbewegung in Europa durch die Sowjetunion gab **Dr. Luns** Auskunft, daß ein sowjetischer Überläufer im Westdeutschen Rundfunk entsprechende Aussagen gemacht habe. Mitglieder der dänischen und norwegischen Friedensbewegungen seien in Haft genommen worden, weil sie Geldbeträge von der Sowjetunion erhalten hätten, und der sowjetische Botschafter in Den Haag sei von der Sowjetunion ausgezeichnet worden, weil er die Abrüstungspropaganda in holländischen politischen Kreisen gefördert habe.

Auf eine Frage des Abg. **Marks** (Vereinigtes Königreich) gab **Dr. Luns** bekannt, daß über den Beitrag Spaniens zum Haushalt der NATO noch kein Beschluß gefaßt worden sei; er bezweifele, daß infolge des Beitritts Spaniens die Beiträge anderer Mitgliedstaaten verringert werden könnten. — Er habe nicht aussagen wollen, daß die Mehrzahl der Mitglieder der Friedensbewegung kräftig von der Sowjetunion unterstützt werde.

Auf eine Frage des belgischen Abg. **Desmarets** wies **Dr. Luns** darauf hin, daß die im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß geführten Verhandlungen 1983 fortgesetzt würden und daß ins Gewicht fal-

lende Ergebnisse nur dann erreicht werden könnten, wenn die betreffenden europäischen Länder die sich aus dem Doppelbeschluß ergebende Verpflichtungen ernst nähmen.

Sen. **Pell** (Vereinigte Staaten) fragt, wie ernst der NATO-Rat die Beschlüsse der Nordatlantischen Versammlung nehme. **Dr. Luns** antwortete, diese Beschlüsse würden im Rat selbst diskutiert. Sie würden als ein Ausdruck der öffentlichen Meinung angesehen.

Senator **Burton** (Vereinigte Staaten) erklärte, es sei eine Beleidigung der Intelligenz der Bürger Kaliforniens, wenn behauptet werde, daß die Friedensbewegung in den USA von den Sowjets unterstützt werde. Viele Menschen dort fühlten, daß nicht genug mit den Sowjets über die gegenseitige Abrüstung verhandelt werde.

Dr. Luns antwortete, daß der dringende Wunsch, den Frieden aufrechtzuerhalten, allgemein sei. Sen. Burton sei darüber informiert, was in den USA geschehe; und er selbst denke an die europäische Bewegung für einseitige Abrüstung, die er für sehr gefährlich halte. Wenn Gleichgewicht in der Bewaffnung bestehe, könne man an ein Einfrieren denken.

Abg. **Rösch** (Bundesrepublik Deutschland) dankte Generalsekretär Luns für seine objektive Darstellung der Verteidigungsausgaben. Er machte darauf aufmerksam, daß man bei Bewertung der unterschiedlichen Beiträge nicht übersehen dürfe, daß die amerikanischen Streitkräfte ausschließlich aus Freiwilligen bestünden, während es in der Bundesrepublik Deutschland die allgemeine Wehrpflicht gebe. Außerdem sei z. B. die Kriegsopferversorgung im amerikanischen Verteidigungshaushalt einbegriffen, während dies in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall sei.

Dr. Luns wies darauf hin, daß die europäischen Länder zur Zeit einen geringeren Prozentsatz des Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgäben als vor zwanzig Jahren. Leider machten gewaltige Ausgaben auf dem Gebiet der Landwirtschaft und auf dem Sozialsektor es schwierig, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, obwohl die dreiprozentige tatsächliche Erhöhung seit 1978 ganz erfolgreich gewesen sei. Frankreich und Italien hätten sogar um mehr als vier Prozent erhöht. Ein Problem bestehe darin, daß in anderen Ländern die Ausgaben für die Verteidigung nicht nur unter diesem Haushaltstitel liefen.

Abg. **Aumont** (Frankreich) fragte, ob die Folgen von Kernexplosionen in der Atmosphäre bedacht würden. **Dr. Luns** antwortete, der NATO-Rat sei sich dieser Gefahren voll bewußt: aber die Zahl der westlichen Tests in der Atmosphäre habe sich beträchtlich verringert. Die Sowjetunion dagegen fahre in ihren Tests fort.

Auf eine Frage des Abg. **Arentoft** (Dänemark) führte **Dr. Luns** aus, die türkische Armee erfülle ihre Aufgabe in der Ostflanke und einige westliche Länder hätten der Türkei bei der Modernisierung ihrer Streitkräfte geholfen. Er gebe zu, daß der türkische Beitrag vom politischen Standpunkt aus gesehen nicht voll demokratisch im westlichen Sinn sei; aber einige westliche Länder hätten den Beginn der Rückkehr zur Demokratie anerkannt. Der Nahe Osten und der Persische Golf lägen außerhalb des Vertragsgebietes, das nicht ausgeweitet werden solle, da sich sonst die Verteidigungsausgaben noch einmal beträchtlich erhöhten. Mit Bezug auf die Manöver der Vereinigten Staaten in Oman bemerkte Dr. Luns, die Vereinigten Staaten hätten die Konsequenzen ihrer Position als Weltmacht anzuerkennen, und er beglückwünsche sie zu ihrer Aktion in dieser Region.

Abg. **Marcus** (Frankreich) hielt es für richtig, daß die NATO die Dokumentation über die pazifistischen Bewegungen den Mitgliedsländern zur Verfügung stelle, damit den sogenannten Friedensbewegungen geantwortet werden könne.

Dr. Luns bemerkte, dies geschehe bereits. Nicht in allen Ländern werde aber dieses Material verteilt. Es könne auch niemand gezwungen werden, die Informationen zu lesen.

Abg. **Mundeleer** (Belgien) fragte, ob die Vereinbarung eingehalten werde, daß Satelliten nicht mit Kernwaffen ausgerüstet würden.

Dr. Luns bestätigte, daß diese Vereinbarung auch von der Sowjetunion eingehalten werde. Er erklärte auf eine entsprechende Frage des Abg. **Duffy** (Vereinigtes Königreich), daß keine neue Strategie durch die NATO angestrebt werde. Die Gefahren, die die sowjetische U-Boot-Flotte verursachte, seien sehr groß; er glaube aber, daß die U-Boot-Flotte des Bündnisses noch sehr stark sei. Der Zweck der NATO besteht nicht in einem Angriff, sondern in einer Verteidigung der Mitgliedsländer des Bündnisses.

Die Versammlung wählte einstimmig Abg. **Dr. Corterier** (Bundesrepublik Deutschland) zu ihrem neuen Präsidenten. Abg. **Horn** (Bundesrepublik Deutschland) hatte für das bisher von ihm wahrgenommene Amt eines Vizepräsidenten der Versammlung nicht wieder kandidiert. Die Versammlung wählte einstimmig die Abg. **Sir Patrick Wall** (Vereinigtes Königreich), **Brooks** (USA)und **Frinking** (Niederlande) zu Vizepräsidenten. Der Schatzmeister der Versammlung, Senator **Laucournet** (Frankreich), wurde in seinem Amt bestätigt.

Die Frühjahrstagung der Versammlung wird vom 10. bis 13. Juni 1983 in Kopenhagen stattfinden.

Bonn, den 28. Dezember 1982

Peter Schmidhuber	**Erwin Horn**
Stellvertretender Delegationsleiter	Delegationsleiter

Empfehlung 78

betr. die Unterstützung des Nordatlantischen Programms zur Förderung von Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft

Die Versammlung

ist überzeugt, daß die Aufgabe des Bündnisses darin besteht, gemeinsame auf Freiheit und Menschenwürde beruhende Werte zu fördern;

vertritt die Ansicht, daß ein dringendes Erfordernis zur Reaktivierung des NATO-Kulturprogramms von 1955 besteht;

betont die Bedeutung neuer Initiativen zur Stärkung der atlantischen Gemeinschaft und der transatlantischen Beziehungen;

erinnert an die Erfolge von NATO-Programmen wie z. B. „Wissenschaft im Dienste der Stabilität" und „Herausforderungen für die moderne Gesellschaft" sowie an die Erfolge des von der NATO geförderten wissenschaftlichen Austausches;

nimmt mit Genugtuung die Absicht des Nordatlantikrates zur *Kenntnis*, alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der „dritten Dimension" des Bündnisses wirksam zu koordinieren und auf den sozialen und kulturellen Bereich auszuweiten;

empfiehlt dem Nordatlantikrat:

1. möglichst umgehend die verschiedenen laufenden Programme zur wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit und zum Schutz der Umwelt in dem einheitlichen Rahmen eines Nordatlantischen Programms zur Förderung von Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zusammenzufassen;
2. grundsätzlich die Einsetzung eines Kulturausschusses der NATO, der die Koordinierung des kulturellen Austauschs innerhalb des Bündnisses zur Aufgabe hätte, zu befürworten;
3. die zur Einbindung eines solchen Ausschusses in das Nordatlantische Programm zur Förderung von Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft erforderlichen Vorbereitungen zu treffen;
4. die öffentliche Anerkennung und Unterstützung der Grundsätze, Ziele und Leistungen des Kulturausschusses in allen Mitgliedstaaten des Bündnisses zu fördern.

Empfehlung 79

betr. eine dynamische Informationspolitik der NATO

Die Versammlung

hält es für dringend geboten, daß das Bündnis sich um ein besseres Verständnis der Öffentlichkeit für seine Rolle im Dienste des Friedens bemüht;

ist auch der Ansicht, daß die Bürger der Mitgliedstaaten des Bündnisses umfassend und objektiv über die militärpolitischen Entscheidungen der NATO und über die zugrundeliegenden Motive sowie über die westlichen Standpunkte hinsichtlich der Kontrolle und Verminderung der Nuklearwaffen informiert werden sollten;

ist überzeugt von der Notwendigkeit, unverzüglich eine neue und dynamische Informationspolitik zu entwickeln, die es der NATO erlaubt, in der Öffentlichkeit die Grundsätze des Atlantischen Bündnisses als eines freien und friedliebenden Zusammenschlusses von Staaten, die durch ihr Eintreten für gemeinsame Werte verbunden sind, zur Geltung zu bringen;

empfiehlt dem Nordatlantikrat:

1. alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Rolle, die Initiative und die Wirkungsmöglichkeiten des internationalen Mitarbeiterstabes der NATO zu entfalten und den Pressedienst bzw. die Öffentlichkeitsarbeit der verschiedenen Institutionen des Atlantischen Bündnisses zu verstärken;
2. zu gewährleisten, daß die von diesen Diensten herausgegebenen Informationen die Öffentlichkeit klar und angemessen unterrichten, um so öffentliche Unterstützung für Entscheidungen zu erhalten, die die Zukunft der Atlantischen Gemeinschaft sichern.

Entschließung 122

betr. Afghanistan

Die Versammlung

verurteilt die Tatsache, daß sowjetische Truppen in Afghanistan zwei Jahre nach ihrer Intervention weiterhin unter Verletzung der afghanischen Souveränität das Land besetzt halten;

bedauert das Leid, das diese Besetzung über die gesamte Bevölkerung bringt;

unterstreicht, daß die sowjetische Invasion und Besetzung Afghanistans eine ernsthafte Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen bewirkt;

ist besorgt, daß alle Versuche, eine friedliche politische Lösung zu finden, gescheitert sind;

erinnert an ihre früheren Entschließungen über die Situation in Afghanistan (1980 und 1981);

begrüßt die heroische Entschlossenheit der afghanischen Widerstandskämpfer in ihrem ungleichen Kampf gegen die Invasoren ihren Landes;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. ihre Unterstützung für das Recht des afghanischen Volkes auf Selbstbestimmung und Souveränität fortzusetzen;
2. sich um eine politische Lösung zu bemühen, die dieses Recht in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen garantiert.

Entschließung 123

betr. die wirtschaftlichen Aspekte der Bündnissicherheit

Die Versammlung

ist besorgt über die anhaltenden ernsten Wirtschaftsprobleme in allen Mitgliedstaaten des Bündnisses, insbesondere über die riesigen Arbeitslosenzahlen;

betont, daß die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen, die Präsident Reagan am 13. November bekanntgegeben hat, einen wesentlichen Beitrag zur Beilegung der Kontroversen unter den Verbündeten über die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen darstellt;

hofft, daß die neue sowjetische Führung die Aufhebung der Sanktionen als ein Zeichen des guten Willens erkennen und darauf mit positiven politischen Schritten zum Abbau der Ost-West-Spannungen reagieren wird;

begrüßt die im Rahmen des COCOM und der OECD unternommenen Anstrengungen zur Erzielung einer besser koordinierten Politik im Bereich der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen;

ist sich bewußt, daß in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten die einzelnen Regierungen einem starken Druck zum Schutze der eigenen Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze ausgesetzt sind;

begrüßt die Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zur Regelung des Stahlhandels;

betont die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Konsultationen unter den Mitgliedsländern des Bündnisses als integraler Elemente des Zusammenhalts im Bündnis;

fordert die Regierungen der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. auch in wirtschaftlich kritischen Zeiten die wirtschaftliche Zusammenarbeit fortzusetzen und die wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsländer des Bündnisses weiterhin zu unterstützen;
2. sich dem allgemeinen Prinzip zu verpflichten, daß der multinationale Handel als ein Ziel der Wirtschaftspolitik gefördert werden soll;
3. sich zu besserer Information und Konsultation zu verpflichten, damit in Zukunft Kontroversen über einseitig getroffene Maßnahmen vermieden werden;
4. Einvernehmen über wirtschaftliche Maßnahmen vor deren Ausführung zu erzielen, damit Zusammenhalt und Glaubwürdigkeit des Bündnisses gewahrt werden;
5. bei der Formulierung der Wirtschaftspolitik des Bündnisses gegenüber dem Osten — insbesondere auf den Sektoren des Handels, des Kredits und der Energie — engere Kontakte zwischen dem Bündnis und der OECD zu unterstützen;
6. die Sowjetunion daran zu erinnern, daß die strikte Einhaltung bilateraler und multilateraler Abkommen — insbesondere der Schlußakte von Helsinki — eine Voraussetzung für normale Wirtschaftsbeziehungen zu gegenseitigem Nutzen darstellt.

Entschließung 124

betr. Polen und den ersten Jahrestag der Einführung des Kriegsrechts

Die Versammlung

nimmt die anhaltenden Unruhen in Polen *zur Kenntnis* und hofft, daß die Militärbehörden der Aufnahme des Dialogs mit der Kirche und der Gewerkschaft Solidarität zur Wiederherstellung des bürgerlichen Friedens zustimmen werden;

nimmt mit Besorgnis *zur Kenntnis*, daß die Methode der Anwendung des Kriegsrechts seit April 1982 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen geführt hat, die sich jederzeit wiederholen können;

betont, daß die polnischen Machthaber seit der Verhängung des Kriegsrechts das Prinzip VII und alle humanitären Bestimmungen hinsichtlich der Freizügigkeit von Informationen und Personen, die in Korb III der von Polen am 1. August 1975 unterzeichneten Schlußakte von Helsinki enthalten sind, mehrfach grob verletzt haben;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend* auf:

1. die humanitäre Hilfe für das polnische Volk fortzusetzen, indem private Initiativen umfassend genutzt und koordiniert werden;
2. auf diplomatischem Weg die polnischen Behörden an die feste Erwartung des Bündnisses zu erinnern, daß Polen die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki uneingeschränkt beachtet;
3. ihre Solidarität mit dem polnischen Volk und den aus Gewissensgründen Inhaftierten gemeinsam deutlich zum Ausdruck zu bringen und den Opfern des Kriegsrechts Hochachtung zu bezeugen.

Entschließung 125

betr. die Unterstützung einer Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Förderung des Jugendaustauschs zwischen Amerika und Europa

Die Versammlung

ist besorgt über den ständig sinkenden Stand des Wissens der Nachfolgegeneration in Nordamerika und in Europa über die Verhältnisse auf dem anderen Kontinent sowie über mangelndes Verständnis beiderseits des Atlantiks für die Daseinsgründe des Atlantischen Bündnisses;

wünscht, jegliche Initiativen zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses unter Jugendlichen in Nordamerika und Europa zu unterstützen;

begrüßt die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der Nachfolgegeneration und dem internationalen Jugendaustausch in den Ländern des Atlantischen Bündnisses bei seinen Bemühungen um die Stärkung der transatlantischen Solidarität Vorrang zu verleihen;

fordert die Regierungen der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. bei der Durchführung multilateraler Jugendaustauschprogramme mit den zuständigen Stellen in Nordamerika so umfassend wie möglich zusammenzuarbeiten;
2. mit Hilfe privater Gelder die zum Start der Programme erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Teilnehmer an dem Austausch einen Einblick in alle Aspekte des sozialen und kulturellen Lebens des jeweiligen Landes gewinnen können.

Entschließung 126

betr. die Rüstungszusammenarbeit im Bündnis

Die Versammlung

ist überzeugt, daß das Nordatlantische Bündnis, welches über größere Ressourcen und eine fortgeschrittenere Technologie verfügt, angemessene und glaubwürdige konventionelle Streitkräfte zu entwickeln und zu dislozieren vermag;

ist der Ansicht, daß eine stärkere, bündnisweite Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsforschung, -entwicklung und -produktion eine effizientere Nutzung der für die Verteidigung bestimmten Mittel des Bündnisses gewährleisten würde;

ist sich dennoch bewußt, daß herkömmliche nationale Interessen, wie Beschäftigung, Zahlungsbilanz und Technologietransfer, weitere Fortschritte vor allem in Zeiten wirtschaftlichen Rückgangs und begrenzter Haushaltsmittel behindern;

ist besorgt, daß protektionistische Gesetze, wie sie vom Kongreß der Vereinigten Staaten im Dezember 1981 verabschiedet wurden, die Aussichten für eine stärkere Zusammenarbeit des Bündnisses im Rüstungsbereich weiter mindern könnten;

begrüßt die Forderungen nach einer nordatlantischen „kooperativen Anstrengung im Bereich der Rüstungsindustrie", wodurch die industriellen, technologischen und wirtschaftlichen Ressourcen des Bündnisses wirksamer und gerechter koordiniert werden könnten;

ist sich bewußt, daß die meisten Mitgliedsregierungen des Bündnisses Schwierigkeiten haben werden, deutliche Realsteigerungen bei den Verteidigungsausgaben zu finanzieren, und daß schon allein dieser Umstand die Notwendigkeit einer effektiveren Nutzung der verfügbaren Ressourcen besonders hervorhebt;

fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. ihre Anstrengungen im Bereich der Rüstungszusammenarbeit zu verstärken und die Verantwortung für diese Kooperation bei hochrangigen Instanzen innerhalb der Bündnisregierungen zu verankern;
2. eine stärkere bündnisweite industrielle Zusammenarbeit zu fördern, unter Beachtung der notwendigen und wesentlichen Rolle der Regierungen bei Prioritätsfestlegungen für die Entwicklung und Beschaffung als auch bei der Herbeiführung günstiger Bedingungen, unter denen die Zusammenarbeit erfolgen kann;
3. von protektionistischer Gesetzgebung, die eine Verstärkung der Rüstungszusammenarbeit behindern anstatt fördern würde, abzusehen;
4. ihre Verteidigungs- und Außenminister aufzufordern, die folgenden Initiativen bei der nächsten geeigneten Zusammenkunft ausdrücklich zu billigen und in die Tat umzusetzen:
   - — wirksamere Koordinierung ihrer Verteidigungsanstrengungen und Ressourcen, um zu erträglichen Kosten eine glaubwürdige, kollektive und konventionelle Streitmacht für die Verteidigung des Gebietes des Nordatlantikvertrages zu schaffen;
   - — Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsindustrie innerhalb Westeuropas sowie zwischen Westeuropa und Nordamerika, wodurch die Effizienz und Rentabilität der NATO-Verteidigungsausgaben erhöht würden, da für eine breitere Produktionsbasis gesorgt wäre bei gleichzeitiger Vermeidung unnötiger Doppelaufwendungen auf diesem Gebiet;
   - — gerechtere und wirksamere Verteilung der finanziellen Lasten und wirtschaftlichen Vorteile der NATO-Verteidigung, einschließlich der Faktoren Arbeitsplätze, Technologie und Handel;
   - — umgehende Intensivierung der Konsultationen für eine baldige Verwirklichung der genannten Ziele — möglicherweise durch die Ernennung eines Sonderbotschafters aus jedem NATO-Mitgliedsland, der diese Aufgaben koordiniert, verhandelt und rascher vorantreibt zum Nutzen des gesamten Bündnisses.

Entschließung 127

betr. die Sicherheit des Bündnisses

Die Versammlung

ist sich bewußt, daß eine glaubhafte und durchführbare Verteidigungspolitik des Bündnisses auf der

Unterstützung und dem Einvernehmen der Öffentlichkeiten im Bündnis gründen muß;

ist besorgt über die fortgesetzte Modernisierung der konventionellen und nuklearen Streitkräfte des Warschauer Paktes sowie über die Auswirkungen, die dies auf die Erfordernisse der flexiblen Reaktion insbesondere auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte hat;

stellt fest, daß vor allem aufgrund der öffentlichen Diskussion über die Rolle der Nuklearwaffen in der Strategie des Bündnisses die Frage der konventionellen Verteidigung seit einiger Zeit breite Aufmerksamkeit gewonnen hat;

stellt fest, daß Fortschritte in der Technologie der konventionellen Waffen, insbesondere auf den Gebieten der Lenkung und der Zielerfassung, dem Bündnis die Möglichkeit bieten, viele der bisher den Nuklearwaffen zugewiesenen Aufgaben mit konventionellen Waffen zu erfüllen;

ist überzeugt, daß eine Rationalisierung der in Europa dislozierten nuklearen Kurzstreckenwaffen sowohl militärisch als auch politisch wünschenswert ist und von einer entsprechenden Verstärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit begleitet sein muß;

ist dennoch der Auffassung, daß den Kernwaffen in der Strategie des Bündnisses die entscheidend wichtige Rolle der Abschreckung zukommt, einschließlich der Option des Ersteinsatzes von Kernwaffen;

ist überzeugt, daß der fortgesetzten Modernisierung und Aufrechterhaltung der nicht-nuklearen Verteidigungsfähigkeit höchster Vorrang in der Verteidigungsplanung des Bündnisses gebührt;

ist besorgt, daß zu Zeiten sehr angespannter Haushaltslage in bestimmten Bündnisländern starke Kräfte vorhanden sind, die besondere nationale Erfordernisse auf Kosten von Verpflichtungen zu einer glaubhaften konventionellen Verteidigungsleistung im Bündnis in den Vordergrund stellen;

fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. die Möglichkeiten, die sich dem Bündnis durch neue Technologien bei den konventionellen Waffen bieten, sorgfältig zu prüfen;
2. die zur Erzielung einer deutlichen Verbesserung bei den konventionellen Fähigkeiten des Bündnisses notwendigen Mittel aufzuwenden und gleichzeitig zu versuchen, durch Rüstungskontrollverhandlungen der das Bündnis konfrontierenden Bedrohung zu begegnen;
3. von einseitigen Truppenverminderungen oder anderen Maßnahmen, wodurch die konventionelle Stärke und der politische Zusammenhalt des Bündnisses geschwächt und die Aussichten auf einen Erfolg bei den laufenden Rüstungskontrollverhandlungen geschmälert werden könnten, Abstand zu nehmen.

Entschließung 128

betr. die Ost-West-Beziehungen

Die Versammlung

ist tief betroffen von der Auflösung der „Solidarität" und von der Tatsache, daß die Regierung Jaruzelski weder das Kriegsrecht in Polen aufgehoben noch den Dialog mit „Solidarität" und der Kirche wiederaufgenommen hat;

unterstreicht, daß die Verhängung des Kriegsrechts und die Internierung einiger Führer der „Solidarität" schwerwiegende Verletzungen der Schlußakte von Helsinki darstellen;

begrüßt die Freilassung von Lech Walesa;

ist der Ansicht, daß die sowjetische Komplizenschaft bei der Verhängung des Kriegsrechts und der Auflösung der „Solidarität" eine bedeutende Rolle gespielt hat;

bedauert diese Vorgänge als schwere Rückschläge für die Rechte des polnischen Volkes und für die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen;

ist der Auffassung, daß die Bemühung um echte Entspannung von allen Unterzeichnern der Schlußakte von Helsinki politische und militärische Zurückhaltung, die Einhaltung dieser Schlußakte sowie den Willen zu besseren Beziehungen erfordert;

begrüßt die einhellige Reaktion der Verbündeten auf die Situation in Polen, wie sie bei der außerordentlichen Sitzung des Nordatlantikrates am 11. Januar 1982 und in dem darauffolgenden Kommuniqué der NATO zum Ausdruck kam; ist dennoch

besorgt, daß einige Aspekte der aufgrund der Verhängung des Kriegsrechts in Polen eingeschlagenen Sanktionspolitik zum Anlaß für Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bündnisses wurden;

begrüßt die Aufhebung der Sanktionen gegen europäische Firmen, die an dem Projekt der Erdgasleitung beteiligt sind;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. weiterhin mit Festigkeit ihre Ablehnung einer Fortdauer des Kriegsrechts in Polen und des Verbots von „Solidarität" zum Ausdruck zu bringen;
2. die am 11. Januar 1982 anläßlich der Sondersitzung des Nordatlantikrates vereinbarte Politik fortzusetzen, derzufolge dem polnischen Volk humanitäre Hilfe geleistet wird, offizielle Wirtschaftshilfe jedoch unterbleibt;
3. die polnische Führung dringend aufzufordern, entsprechend der Schlußakte von Helsinki anzuerkennen, daß regierungsunabhängige Gewerkschaften das Recht haben, zu existieren und sich zu organisieren;
4. der sowjetischen Führung zu verdeutlichen, daß jegliche Einmischung in die inneren Angelegen-

heiten Polens zu einer weiteren Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen führt;

5. die von den Außenministern des Bündnisses auf der Oktobersitzung in Kanada vereinbarten Initiativen zur Formulierung einer umfassenden politischen Ost-West-Strategie, einschließlich der Elemente Energie und Kredite, zu unterstützen.

Entschließung 129

betr. den internationalen Terrorismus

Die Versammlung

ist beunruhigt über die steigende Zahl von Terroranschlägen in den Mitgliedstaaten;

beklagt den Tod unschuldiger Menschen infolge dieser Gewaltakte;

ist der Ansicht, daß jedes Land wirksame Maßnahmen ergreifen muß, um die durch den Terrorismus gefährdeten Grundrechte seiner Bürger zu schützen;

stellt fest, daß eine Zusammenarbeit terroristischer Gruppen über die nationalen Grenzen hinweg immer offensichtlicher wird;

ist daher *überzeugt*, daß von den Mitgliedsländern des Bündnisses eine stärkere Zusammenarbeit zur Eindämmung terroristischer Aktivitäten erforderlich ist;

erinnert an die Entschließungen 100 (1980) und 111 (1981) der Versammlung;

fordert die Regierungen der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. die bestehenden institutionellen Mechanismen für die Zusammenarbeit zu stärken durch Anregung häufigerer Konsultationen und eines breiteren Informationsaustausches über Terroristen;
2. die Suche nach neuen Mitteln für ein gemeinsames, kooperatives Vorgehen gegen den Terrorismus zu fördern;
3. abgestimmte Verfahren für ein gemeinsames Vorgehen gegen jene Länder festzulegen, die Terroristen finanziell oder materiell unterstützen oder ihnen Ausbildungshilfe leisten.

Entschließung 130

betr. die Ost-West-Beziehungen nach Breschnew

Die Versammlung

ist sich der führenden Rolle *bewußt*, die Präsident Breschnew in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik während seiner 18jährigen Amtszeit als Regierungschef der Sowjetunion gespielt hat;

erinnert an die von Ost und West in den letzten beiden Jahrzehnten unternommenen Schritte zur Verbesserung der Beziehungen, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung, bei der Aufnahme des KSZE-Prozesses sowie in den Wirtschaftsbeziehungen;

äußert ihre *Besorgnis* über die fortgesetzte militärische Aufrüstung der Sowjetunion während dieser Jahre in allen Bereichen sowie über die Invasion der Tschechoslowakei und Afghanistans und über ihre Mitverantwortung für die Unterdrückung in Polen;

betont erneut die Entschließungen 122, 124 und 128 der gegenwärtigen Tagung über die Situation in Polen und in Afghanistan;

ist überzeugt, daß angesichts des Führungswechsels in der Sowjetunion aktiv Möglichkeiten der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen gesucht werden sollten;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*, der neuen sowjetischen Führung unmißverständlich durch Worte und Taten zu verdeutlichen, daß:

— das Nordatlantische Bündnis ein Verteidigungsbündnis ist, entschlossen, die Sicherheit und die demokratischen Grundsätze seiner Mitglieder zu wahren;

— das Nordatlantische Bündnis entschlossen ist, eine Verbesserung der Beziehungen und echte Entspannung auf der Grundlage gegenseitiger Zurückhaltung, militärischen Gleichgewichts und der weiteren Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki anzustreben;

— die Begrenzung und Verringerung der Streitkräfte — insbesondere der Kernwaffen — zur Förderung des Friedens und der Stabilität in der Welt dringend erforderlich sind;

— verbesserte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West im Kontext echter Entspannung und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit wünschenswert sind.

Entschließung 131

betr. den sauren Regen

Die Versammlung

ist besorgt über die immer häufigeren Anzeichen dafür, daß saure Niederschläge Schäden bei Fischen, Bäumen, Wäldern, Ernteerträgen, in der Vegetation und an Gebäuden verursachen;

erinnert an den Beschluß der jüngsten Stockholmer Ministerkonferenz über die Säurebildung in der Umwelt, „weitere, dringend notwendige praktische Maßnahmen" gegen den sauren Regen unter Anwendung der wirkungsvollsten Verfahren zur Verringerung von Schwefel und Stickstoffemissionen zu ergreifen;

betont, daß dies insofern ein internationales Problem ist, als die durch sauren Regen verursachten

Schäden hunderte oder tausende Kilometer von den Emissionsquellen entfernt auftreten;

ist sich bewußt, daß das Problem des sauren Regens nur durch entschiedenes und konzertiertes Vorgehen aller Länder in Nordamerika, Ost- und Westeuropa und der Sowjetunion gelöst werden kann;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. die dringend erforderliche sofortige Untersuchung aller Ursachen und Auswirkungen des sauren Regens und anderer luftverunreinigender Stoffe zu intensivieren, um voll beurteilen zu können, wie die Aktivitäten des Menschen die Biosphäre gefährden, und um eine Lösung dieses Problems auf internationaler Ebene zu finden;
2. den Abschluß eines internationalen Vertrages unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu fordern, in dem Emissionsgrenzwerte für Schwefeloxyde und Stickstoffoxyde festgelegt werden;
3. in der Zwischenzeit ihre eigenen Schwefel- und Stickstoffoxyd-Emissionen einseitig zu begrenzen, indem sie in den mit fossilen Brennstoffen arbeitenden Kraftwerken und in Hüttenwerken geeignete Kontrolltechnologien einführen.

Entschließung 132

betr. Rüstungskontrolle im Weltraum

Die Versammlung

stellt fest, daß das amerikanisch-sowjetische Übereinkommen über die Zusammenarbeit im Weltraum am 24. Mai 1982 abgelaufen ist und daß die Erörterungen über zukünftige Projekte der Zusammenarbeit ausgesetzt worden sind;

ist darüber besorgt, daß in dem Bemühen um eine Rüstungsbegrenzung im Weltraum unzureichende Fortschritte erzielt worden sind;

bedauert, daß die USA und die UdSSR aktiv Satellitenabwehrwaffen entwickeln und bereits Luftzielerfassungs- und Angriffssysteme (ASAT) erproben;

erinnert daran, daß ein größerer Rüstungswettbewerb der Supermächte durch die im SALT-I-Abkommen festgelegte Begrenzung der Dislozierung von ABM-Flugkörpern (antiballistic missiles) verhindert wurde und daß gleichzeitig der fehlgeschlagene Versuch, die MIRV-Dislozierung zu begrenzen, das strategische und nukleare Gleichgewicht destabilisiert hat, was wiederum dazu führte, daß auf die Abschaffung des ABM-Vertrages gedrängt wurde;

ist darüber besorgt, daß die gescheiterten Bemühungen um die Begrenzung der Dislozierung von Waffen im Weltraum tiefgreifende Auswirkungen auf die Rüstungskontrolle und die internationale Sicherheit haben könnten, und daß die möglichen negativen Auswirkungen neuer sowjetischer Systeme auf die Sicherheit des Bündnisses nicht genügend berücksichtigt worden sind;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. in Zusammenarbeit mit den USA eine umfassende Analyse über die Art und Weise durchzuführen, wie verifizierbare Abkommen über Waffen im Weltraum, Satellitenabwehrprogramme und friedliche Zusammenarbeit im Weltraum die Sicherheit des Bündnisses erhöhen könnten;
2. auf Verhandlungen mit dem Ziel von Vereinbarungen zu drängen, die in der Hauptsache auf die Begrenzung der Dislozierung von Offensivwaffen im Weltraum ausgerichtet sind.

Entschließung 133

betr. die Internationale Atomenergiebehörde

Die Versammlung

ist überzeugt von dem Wert der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) als einer in ihrer Funktion einzigartigen Organisation sowohl hinsichtlich der Überwachung nuklearen spaltbaren Materials als auch als Beratungsorgan für die zivile Nutzung der Kernenergie;

bedauert die Zurückweisung der Beglaubigungsschreiben der israelischen Delegation durch eine Mehrheit der Delegierten bei der 25. Generalkonferenz der IAEA;

ist besorgt über Berichte, daß die Regierung der USA infolgedessen der IAEA ihren finanziellen Beitrag entziehen wird;

ist überzeugt, daß die tatsächliche Einstellung der Unterstützung durch die USA die IAEA als Überwachungsbehörde bedeutungslos werden ließe;

fordert die Mitgliedsregierungen des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

stärksten Druck auf die Regierung der USA auszuüben, damit sie ihre für ein gutes Funktionieren der IAEA unverzichtbare Unterstützung fortsetzt.

Entschließung 134

betr. Kernwaffen in Europa

Die Versammlung

erinnert an ihre 1981 angenommene Entschließung über Kernwaffen in Europa, in der die weitreichende Bedeutung des 1979 gefaßten Beschlusses der NATO hervorgehoben wurde, ihre nuklearen Gefechtswaffen zu modernisieren und sich gleichzeitig durch Ost-West-Verhandlungen um eine Begrenzung dieser Waffen zu bemühen;

betont erneut, wie wichtig es ist, in der Öffentlichkeit den Konsens, auf dem dieser Doppelbeschluß beruht, aufrechtzuerhalten;

ist besorgt über die fortdauernde sowjetische Dislozierung der SS-20 und über andere Verbesserungen bei den sowjetischen nuklearen Gefechtsfeldwaffen;

begrüßt die Verhandlungen über Mittelstreckennuklearwaffen (INF) und die Gespräche über eine Reduzierung der strategischen Waffen (START) in Genf;

ist überzeugt, daß die feste Entschlossenheit der NATO, ihre Streitkräfte zu modernisieren, für Fortschritte bei diesen Verhandlungen von wesentlicher Bedeutung ist;

ist sich bewußt, daß der Widerstand der Öffentlichkeit gegen die geplante Dislozierung von nuklearen Gefechtsfeldwaffen zunehmen könnte, falls bei den INF-Verhandlungen keine Fortschritte erzielt werden;

unterstützt nachdrücklich die von Präsident Reagan vorgeschlagene Nulloption als bestmögliches Ergebnis dieser Verhandlungen;

ist besorgt, daß dieses oder ein anderes annehmbares Ergebnis der INF-Verhandlungen nicht vor den ersten von der NATO für Ende 1983 geplanten Dislozierungen erzielt werden kann;

vermerkt das Erfordernis, daß die NATO das Verständnis und die Unterstützung der Öffentlichkeit für ihre Nuklearstrategie der Abschreckung durch die flexible Reaktion fördert und

begrüßt im Hinblick darauf die Überprüfung der nuklearen Kurzstreckensysteme durch die „High Level Group" der NATO mit dem Ziel der Rationalisierung und, soweit möglich, der Verringerung der Abhängigkeit der NATO von Kurzstreckennuklearwaffen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf:*

1. an beiden Teilen des Beschlusses von 1979 gleichermaßen entschieden festzuhalten;
2. weiterhin Anstrengungen zu unternehmen, um die Rolle der Kernwaffen in der Bündnisstrategie deutlich und überzeugend zu erklären und insbesondere das Verständnis in der Öffentlichkeit für die gegenwärtigen Verhandlungen zu fördern, indem
   - — auf die vom Bündnis als begründet und vernünftig vorgeschlagene Nulloption hingewiesen und gleichzeitig auf die Bereitschaft der NATO verwiesen wird, andere beiderseitig annehmbare Lösungen in Erwägung zu ziehen;
   - — die komplexen Aspekte dieser Verhandlungen und die realistischen Aussichten auf den baldigen Abschluß eines Abkommens deutlicher dargestellt werden;
3. entsprechende Untersuchungen der „High Level Group", die auf eine Verminderung der Abhängigkeit des Bündnisses von Kurzstreckennuklearwaffen abzielen, zu fördern und deren Schlußfolgerungen zu verwirklichen, damit sowohl
   - — die Glaubwürdigkeit der Militärpolitik des Bündnisses gestärkt

     als auch
   - — das Vertrauen der Öffentlichkeit in die rationale Grundlage des Abschreckungssystems der NATO gefestigt wird.

Richtlinie 24

betr. die Gründung einer Atlantischen Stiftung für Kultur und die Unterzeichnung einer Euro-atlantischen Kulturcharta durch die Mitgliedsländer des Bündnisses

Die Versammlung

erinnert daran, daß die Kulturdiplomatie ein wirksames und unersetzliches Instrument zur Förderung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Freizügigkeit von Informationen und Personen, zur Verteidigung der Unabhängigkeit und des Pluralismus der Information und zur Stärkung der kulturellen Identität geworden ist;

ist überzeugt von dem dringenden Erfordernis, innerhalb der atlantischen Gemeinschaft den multilateralen Kulturaustausch zu fördern;

betont, daß dieser Kulturaustausch einen institutionellen Rahmen erhalten sollte, in dem öffentliche und private Initiativen zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele beitragen können, insbesondere zu einem verstärkten gegenseitigen Bewußtsein der kulturellen Identitäten der einzelnen Mitgliedstaaten des Bündnisses;

stellt fest, daß die jüngsten Fortschritte im Bereich der Kommunikationstechnologien die Ausstrahlung von pluralistischen Kulturprogrammen erleichtern und ganz neue Möglichkeiten für eine innovative transatlantische Zusammenarbeit im Kulturbereich eröffnen;

weist den Ständigen Ausschuß *an*, zusammen mit dem Ausschuß für Erziehung, Kultur und Information folgendes zu untersuchen und zu erwägen:

1. die Ausarbeitung und Unterzeichnung einer Atlantischen Kulturcharta, die die gemeinsame Entschlossenheit, auf die Entwicklung und das Zusammenwirken freier und verschiedener Kulturen hinzuarbeiten, symbolisiert und zugleich einen für alle relevanten öffentlichen und privaten Initiativen geeigneten Rahmen schafft;
2. die Gründung einer Atlantischen Kulturstiftung und die Unterzeichnung einer Euro-atlantischen Kulturcharta durch alle Mitgliedstaaten des Bündnisses.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333